

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande
 Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran. Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

- Was will Henlein?
- Erinnerungen an Bebel
- Braune Finanznot

Preis: Fr. 1,50

Dem Fackelträger der Freiheit

Zu August Bebels 25. Todestag

Als August Bebel am 13. August 1913 in der Schweiz starb, ging ein Schrei des Schmerzes durch die Welt. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern die Menschheit war an diesem Tage ärmer geworden, wie immer, wenn ein grosser Vorkämpfer der Menschlichkeit und Freiheit dahin geht. An seiner Bahre senkten auch die Gegner den Degen. Junkerblätter, die ihn einst gern als Revoluzzer mit der Ballonmütze gezeichnet hatten, erkannten die Bedeutung und makellose Reinheit dieses ihres grimmigsten Fendes an.

Es ist ein Gesetz, das eine Bewegung den Charakter ihrer Gründer und Propheten widerspiegelt. Eine Bewegung entgleister Schichten mit pathologischer Mentalität wird entgleiste und Psychopathen an der Spitze haben. Die deutsche Arbeiterbewegung entstand aus Freiheitsdrang und Gerechtigkeitssehnsucht der besten tatkräftigsten Teile des deutschen Proletariats. Bebel war die stärkste politische Verkörperung dieses Proletariats. In ihm, in seiner persönlichen Entwicklung, in seinem zähen geistigen Ringen mit den Problemen der Zeit, in der prächtigen Entfaltung seiner geistig-politischen Potenz symbolisiert sich die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, die Entwicklung von kleinbürgerlich-freisinniger Bildungsmeierei zur proletarisch-sozialistischen Massenbewegung.

Es steckt eine unheimliche Logik in diesem Werdegang: Unteroffizierskind. Kleinbürgerliches Elternhaus mit viel proletarischer Not. Zünftiger Drechslergeselle mit liberalem Gedankgut. Fortschrittlicher Bildungsnatiker mit Abneigung gegen das durch Napoleons Staatsstreich diskreditierte allgemeine Stimmrecht. Ablehnung der Lassalle'schen Agitation. Dauernde innere Auseinandersetzung mit sozialistischen Gedanken. Wachsende Erkenntnis des Wesens der modernen Gesellschaft, der Bedeutung der Klassegegensätze und Klassenkämpfe. Wirkung der Lassalle'schen Agitation. Freundschaft mit Wilhelm Liebknecht. Mitglied der internationalen Arbeiterassoziation. Abgeordneter der sächsischen Volkspartei (1867). Präsident des Verbandes der Arbeitervereine. Völlige Lösung vom bourgeois-demokratischen Gängelband. Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ in Eisenach... Man schrieb 1868 und Bebel war 28 Jahre alt. Jede Stufe dieses Werdeganges war sinnbildlich für den jeweiligen Reifegrad der freiheitlichen Arbeiterschaft, jeder Schritt ein Suchen nach dem eigenen eingeborenen Wesen. Mit Bebel fand die Arbeiterklasse zu sich selbst. Es war ein ununterbro-

chenes Ringen um Erkenntnis der historischen Mission.

Diesem Drechslergesellen und späterem Meister wurde nichts aus heiterem Himmel geschenkt. Wie sein Wesen auf Kampf eingestellt war, so gelangte er auch zu seinen Ueberzeugungen nur durch Kampf. Dieses Bewusstsein vom Schwerekämpfen und Selbststerrungen verlieh der Redekraft dieses Feuerkopfes jene Ueberzeugungswucht, die jeden Gegner aufhorchen liess, gab ihm jene stählerne Zähigkeit, mit der er durch die Kerker des kaiserlichen Deutschlands ging, das Sozialistengesetz niederzukämpfen half und zum unbestrittenen Führer der stärksten Partei der Internationale werden liess. In selbster Harmonie vereinigte sich in diesem Führer politische Intuition mit Wissen, hinreissender Elan mit ruhig abwägender Vernunft, rationale Erkenntnis mit flammendem Glauben, revolutionäre Begeisterung mit dem Sinn für Organisation, parlamentarische Arbeit und nüchterne Tätigkeit in gesetzgebenden Ausschüssen. Die realen Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie verfocht er mit derselben Leidenschaft wie die Vision des Zukunftsstaates.

Er war ein starker Hasser, aber der blossen Klassenhass erschien ihm immer eine negative Kraft. Seine massenerzieherische Leistung wird gut formuliert in einem Buche, das aus den bunten Erfahrungen unserer Zeit schöpft („Führer und Masse in der Demokratie“ von Curt Geyer): „Der Führer, der durch positive Kräfte — Aufbautrieb, Mitleid, Gerechtigkeitsdrang — angetrieben wird, wird den Versuch unternehmen, die Kampfinstinkte der Massen zu vergeistigen,

wird versuchen, ihren Hass gegen den bestehenden, als Druck empfundenen Zustand und ihre Begeisterung für ein künftiges Idealreich auf rationale, erreichbare Ziele zu reduzieren, er wird versuchen, aus dem Sturm des Massenaffects eine Gesinnung zu erzielen, die ihm die Gefolgschaft bei seinem praktischen politischen Handeln sichert...“

Es sind dies Merkmale des geistigen Führertypus. Nimmt man heute Bebels Schriften zur Hand — sein berühmtes gewordenes Werk, das dem Thema „Frau und Sozialismus“ gilt, sein Buch über Charles Fourier, seine dreibändigen Memoiren — so staunt man über die Kraft, die Belesenheit, den Wissensdrang, die Darstellungsgabe, die wissenschaftliche Begabung dieses ehemaligen Arbeiters, der von Haus aus nur jene primitive Volksschulbildung mitbrachte, die noch in den Kinderschuhen steckte. Wie rasch, wie instinktiv hatte der junge Politiker die gesellschaftlichen Zusammenhänge erfasst, wie tief drang er in den wissenschaftlichen Sozialismus ein. Seine unbestrittene Autorität beruhte eben nicht nur auf seiner rednerischen Popularität.

Mit diesem Wissen und Können steuerte er das Schiff der Partei durch die Klippen innerer Auseinandersetzungen; er erteilte den „Jungen“ und Anarchosozialisten ebenso klare Abweisungen wie jenen vom revisionistischen Flügel, denen die praktische Arbeit alles und Grundsätze oder revolutionäre Symbolik wenig oder nichts bedeutete. Nach dem Dresdner Parteitag von 1903, als Bebels Prophezeiung des grossen „Kladderadatsch“ von Jahr zu Jahr

mehr an Wahrscheinlichkeit verlor, stand praktischer Aktivismus in den Fragen des Wahlrechtskampfes, der badischen Budgetbewilligung, der „Hofgängerei“ wider Symbolik und erstarrte Theoretik auf. Nur Bebels Autorität vermochte in solchem Meinungsstreit das Gleichgewicht zwischen praktischer Arbeit und revolutionärer Symbolik zu bewahren. Auch das war eine grosse Leistung, aber hier stiess wohl der faszinierende Führer an die Grenzen des Horizontes, den Herkunft und Geschichte auch dem flammendsten Geiste absteckt.

Bei all seinem Sinn für parlamentarische Tätigkeit bleibt Bebel für die Nachwelt ein grosser Repräsentant der heroisch-agitatorischen Periode unserer Bewegung. In den Zukunftstaatsdebatten kam auch er über die leidenschaftliche Vision nicht hinaus. Im allgemeinen Wettrüsten, im wachsenden Expansionsdrang des internationalen Kapitalismus kündete sich zwischen 1900 und 1910 der Zusammenprall der kapitalistischen Mächte an und gab der Zusammenbruchsprophetie neue Nahrung, aber nirgends in der sozialistischen Internationale zeigte sich ein konstruktives Denken, das hinaus gereicht hätte über theoretische Auseinandersetzungen, über Grundsätzliches. Auch in der stärksten Partei der Internationale fehlte jene Spielart des Willens zur Macht, die sich planmässig mit den technischen Fragen der Machtergreifung, Machtbehauptung, Machtentfaltung und ökonomischer Umwälzung befasst hätte. Darum auch traf die Novemberumwälzung von 1918 die deutsche Sozialdemokratie ziemlich unvorbereitet.

In den Streit zwischen Revisionis-

Eine Sondierung Die japanische Provokation gegen Sowjetrussland

Der Grenzkonflikt zwischen Japan und Sowjetrussland an der sowjetrussischen Grenze südlich von Wladiwostok ist ein neues Gefahrensignal. Es handelt sich nicht um einen eigenmächtigen Vorstoss japanischer Militärs, sondern um ein wohlberichtetes Manöver, um eine planmässige Aktion in der planmässigen Aggression der Achse Berlin—Rom—Tokio.

Die Lage ist der vor einem Jahr ähnlich. Damals versuchte die Achse Berlin—Rom den Durchbruch in Spanien. Man hatte den Zwischenfall mit dem Kreuzer „Leipzig“ erfunden, um von England und Frankreich Repressalien und die Blockade gegen das republikanische Spanien zu fordern. Es kam zu einem heftigen diplomatischen Konflikt. Am 23. Juni 1937 liessen die englische und die französische Regierung drohende Noten in Berlin überreichen,

die deutlich erkennen liessen, wie nah man am Kriege war.

In der Rechnung der Kriegstreiber in Berlin und Rom gibt es immer einen unklaren Faktor. Es ist die Frage, wie weit Sowjetrussland kriegsbereit ist. In den kritischen Tagen des vergangenen Jahres fiel dem dritten Partner der Achse, Japan, die Aufgabe dieser Sondierung zu. Japan provozierte einen Grenzkonflikt, es entfesselte einen Streit um den Besitz der Amur-Inseln. Am 30. Juni 1937 richtete Japan ein Ultimatum an Sowjetrussland, das das Ultimatum annahm. Als die Japaner sich nach dieser Seite hin gedeckt sahen, griffen sie am 7. Juli China an.

Heute steht Hitler vor der Frage, ob er in diesem Jahre schon den bewaffneten Konflikt wagen, ob er der Tschechoslowakischen Republik gegenüber zur Gewalt greifen soll. Die Cliquen in der Spitze des braunen Systems kämpfen um die Entscheidung Hitlers. Die Kriegspartei drängt zum Losschlagen, der italienische Bundesgenosse ebenfalls. Die Cliquen stellen die Lage verschieden dar, und in ihren Machtrech-

nungen spielt abermals der Faktor Sowjetrussland eine Rolle.

In diesem Zusammenhang ist der japanische Vorstoss nichts anderes als eine Sondierung, wie stark der Widerstandswille Sowjetrusslands ist. Die Sondierung war blutig, was an der japanisch-sowjetrussischen Grenze geschehen ist, ist mehr als ein blosses Grenzgefecht. Indessen hat diesmal die Sondierung ein anderes Ergebnis gehabt als vor einem Jahre. Die Rote Armee hat sehr energisch geantwortet, und die japanische Regierung hat einen Rückzug angetreten. Die Gefahr ist allerdings noch nicht vorbei; denn die Brandstifter in Europa sind eifrig am Werke. Die italienische Presse hetzt gegen Sowjetrussland und versucht die Japaner scharf zu machen, indem sie ihnen die Kriegshilfe Deutschlands gegen Sowjetrussland verspricht.

So viel aber ist klar — die Kriegspartei in Berlin und Rom weiss, dass sie den Faktor Sowjetrussland in ihrer Machtrechnung nicht vernachlässigen darf.

mus und marxistischer Orthodoxie spielten Elementarfragen des konstruktiven Sozialismus und der Ausweitung ökonomisch-historischer Geschichtsforschung hinein. Bebel hat in diese theoretische Diskussionen nie direkt eingegriffen. Aber die orthodoxe Formel, wonach die Methoden der Machtergreifung und das Tempo der gesamtpolitischen Umwälzung von den „jeweiligen ökonomisch-historischen Voraussetzungen“ bestimmt werden und dass es utopistische Spielerei, unwissenschaftlich und unmarxistisch sei, sich über all das vorher den Kopf zu zerbrechen — diese mechanistische Anwendung des historischen Materialismus beherrschte auch ihn. Neben manchen seiner Reden bezeugt dies sein Buch über Fourier (1907). Aus dem Vorwort und Nachwort dieses Werkes spricht Ueberschätzung des proletarischen Masseninstinktes und Klassenbewusstseins, und der jeweilige Gang der Geschichte erscheint als jenes eherne Muss, das gesetzmässig von den jeweiligen ökonomisch-historischen Tatsachen bestimmt wird. Die herrschende Auffassung der „Partei August Bebels“ lehnte mit dem naiven Utopismus der Frühsozialisten um Owen und Fourier auch die Erörterung konstruktiver, nach grossen Gesichtspunkten planender Technik ab. Es ist nicht schwer, diese Entwicklung zu erklären.

Die prophetischen Gedankengänge des kommunistischen Manifestes spielten im wissenschaftlichen Sozialismus der jungen Sozialdemokratie eine bibelhafte Rolle. Diese starre Auffassung siegte auch nach der Verschmelzung der Eisenacher mit den willensmässiger, konstruktiver gerichteten Lassalleanern. Zu dieser orthodoxen Verengerung der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung trugen die verwirrenden Wirkungen des Putschismus und utopischen Sozialismus bei, die sich in Frankreich von 1830 bis zur Kommune stark geltend machten und in die deutsche Arbeiterbewegung herein reichten. Und der unbewegliche sture Charakter des preussisch-deutschen Klassenstaates gab der deutschen Sozialdemokratie wenig Anlass, sich mit Fragen der Staatsmechanik vertraut zu machen.

Dies heute festzustellen ist jenen linksradikalen Regierern gegenüber nötig, die da posaunen, Werk und Geist August Bebels sei 1918 von sozialdemokratischen Führern „verraten“ worden. Die Partei, die 1918 die Macht unerwartet zufiel und die mit der Massendemokratie jene Grundlage erreicht zu haben glaubte, aus der sich Sozialismus und sozialistische Machtentfaltung ökonomisch-historischen Gesetzen entsprechend entfalten müsse, war die logische Fortsetzung der Partei August Bebels. Sie litt auch damals noch an der Ueberschätzung des proletarischen Massen- und Klasseninstinktes. Dem vorhandenen staatsschöpferischen Trieb fehlte der staatsschöpferische Traum, die grosse klare Vorstellung, die durchdachte Konzeption.

Mit diesen Folgerungen wird nichts gemindert an der menschlichen Grösse und Wucht einer Erscheinung, wie sie dieser Heros der internationalen Arbeiterbewegung bedeutet. Er steht in der Reihe jener politisch Grossen, in denen ewiges Sittengesetz, Weltgewissen und Menschheitsinteressen zur dämonischen Kraft geworden sind. In Rede und Schrift hat Be-

bel die Völker vom Kriege gewarnt: „Ein Krieg der Grosstaafen von heute würde den Untergang der Kultur bedeuten und müsste die Menschheit in den Morast der Barbarei stossen...“ Das prophetische Wort hat sich entsetzlich erfüllt, aber jenes Unmass von Bestialität, Lüge und Heuchelei, das im Lande Goethes und Kants mit dem offiziellen Reichstagsbrand etabliert wurde, hat er ebensowenig voraus ahnen können, wie den Versuch der

braunen Gewerkschaftsvertreter, Bebels Andenken für ihre Lügenfirma umzufälschen, um grosse gefährliche Erinnerungen zu bannen. Sein Name darf drüber genannt werden, aber seine Werke sind verboten, seine Anhänger verfeimt.

Doch Bebels Vermächtnis lebt in den besten, kühnsten Schichten der deutschen Arbeiterschaft unzerstörbar weiter. Des vierten Standes kämpferischer Aufstieg, der mit seinem Namen glorreich verknüpft ist, dieser

Kampf für demokratische Freiheit, Humanität, Kriegsächtung und internationalen Sozialismus — er leuchtet weit in unser Jahrhundert und in alle faschistischen Dschungel hinein. Der Widerschein dieser nahen, gewaltigen Vergangenheit färbt den Himmel moderner Despotien rot. Das faschistische Babylon weiss, dass ihm die unvergängliche, lebendige, mahnende Flammenschrift dieses Freiheitskampfes in absehbarer Zeit zum Verhängnis werden wird. R. G.

Was will Konrad Henlein?

Der «deutsche Sozialismus» im SdP-Memorandum

Der englische Vermittler Lord Runciman hat es übernommen, die Annäherung zwischen dem Nationalitätenstatut der Regierung Hodzas und Henleins Memorandum zu finden. Das Memorandum ist nach der wirtschaftlichen Seite zu ergänzen durch die Richtlinien des „sudetendeutschen Sozialismus“, die auf einem Wirtschaftskongress der SdP am 20. Februar in Teplitz verkündet worden sind. In beiden Kundgebungen wird reichlich viel von einer „Weltanschauung“ gesprochen, doch sind in dem Programm weder verstandesmässige Erkenntnisse zu finden, noch kann überhaupt von einem System gesprochen werden. Die SdP-Macher können einerseits von ihrem ursprünglichen Inspirator Othmar Spann nicht loskommen, andererseits sind sie in unwandelbarer Treue zu Hitler entbrannt. Sie vermischen ausserdem das einstige Agitationsprogramm der Nazis in Deutschland mit der Organisation im Dritten Reich. Sie sind revolutionär und konservativ und sie begründen ihren Volkssolidarismus mit schöngefärbten, nichtsagenden Ausdrücken, wie „ein gutes“, ein „richtiges Verhältnis“, „gerechter Lohn“ usw. Da es sich um ein Wirtschaftsprogramm handelt, kann der immer wiederkehrende Dynamismus und die Nazi-Religion das Denken nicht ersetzen. Klar und eindeutig bleibt nur der Wille, den Staat und die Wirtschaft durch zwingende Parteigewalt zu beherrschen.

Im politischen Teil weicht die für britische Augen und Ohren bestimmte Terminologie von der Schreibweise der reichsdeutschen Auftraggeber insofern heute noch ab, als alle Gleichschaltung und Parteitotalität im Namen der „Demokratie“ geschieht. Selbstverwaltung, Volkssouveränität und ähnliche Wortspiele sind noch den Spann'schen Ständetheorien entnommen. Die Verfassungsvorschläge selbst entsprechen dagegen in Form der Alleinherrschaft der sudetendeutschen Volksgruppe voll und ganz dem autoritären Regime im Dritten Reich.

Aber Henleins Memorandum enthält in Punkt 12 auch eine neue Wirtschaftsverfassung, die privatkapitalistische Individualität und kollektive Planwirtschaft, Autarkie und Weltwirtschaft, Sozialismus und Arbeiterknechtschaft auf einen Nenner bringt. Konrad Henlein verlangt für sein autonomes Gebiet

„das Recht zur Errichtung von Pflichtverbänden zwecks Förderung des Wirtschaftslebens einschliesslich Aufsicht über das freiwillig wirtschaftliche Assoziationswesen, weiters das Recht zur Errichtung sozialer und berufsständischer Pflichtverbände“.

Hier tritt wiederum die Kombination der Spann'schen Thesen mit der im Dritten Reich eingeführten Organisation der Wirtschaft hervor. Die Ständekorporationen, in denen die Arbeiter auch zur Erörterung der Wirtschaftsfragen mitvertreten wären, sollen im Sudetengebiet nicht realisiert werden. Die Unternehmer würden vielmehr nach reichsdeutschem Muster ihre Arbeitgeberverbände in eine volkliche Gemeinschaftsorganisation überführen, die, wie es bereits heute geschieht, im Sinne der kapitalistischen Besitzer und im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsreferat der Parteitätigkeit wäre. Von einer antikapitalistischen Tendenz ist keine Rede, denn der „sozial gebundene Kapitalismus“ entscheidet selbst über seine „Bindungen“. Die staatliche Autonomie würde vor allem das sudetendeutsche Unternehmertum von allen gesetzlichen Verpflichtungen der tschechoslovakischen Sozialgesetzgebung befreien. Sie würde ersetzt durch die aus dem Dritten Reich bekannte Betriebssozialpolitik, d. h. der sozialen Wohltaten. Das Programm betont ausdrücklich die Beibehaltung der privatkapitalistischen Betriebsform. Das System des Unternehmertums soll gekräftigt werden, das gehört zum „Deutschen Sozialismus“:

„In den Sozialismus können sich grundsätzlich sämtliche Wirtschaftsformen und -verfassungen einordnen.“ (Punkt 20.) Die Aufsicht über das freiwillig wirtschaftliche Assoziationswesen ist nichts anderes, als die Anerkennung des individualistisch-kapitalistischen Syndikatswesens. Bisher gab es in der Tschechoslovakie eine wenn auch ungenügende staatliche Kontrolle der privaten Syndikate, sie würde alsdann auf den Unternehmer-„Pflichtverband“ übergehen. Der Pflichtverband wird, soweit es sich um das Unternehmertum handelt, zum Ueberbau der kapitalistischen Organisation im Sudetengebiet. Diese nationale Autonomie würde nur dann antikapitalistisch wirksam werden, wenn es sich um jüdische oder demokratisch gesinnte Unternehmer handelt.

Von entscheidender Bedeutung aber

wären die Pflichtverbände der Arbeiter und Angestellten. Die Errichtung der Sudetendeutschen Arbeitsfront wäre an die Auflösung der Gewerkschaften gebunden. Die organisatorische Entwertung der Arbeiter ist denn auch das stärkste Anreizmittel für die Unternehmer, sich und ihre Verbände der SdP heute schon gleichzuschalten. Die gesamte Sozial- und Lohnpolitik soll dem Prager Sozialministerium entzogen und auf das Henlein-Direktorium übertragen werden. Die sudetendeutschen Scharfmacher sehen schon im Geist die neue autoritäre Betriebsordnung, den Zwangsarbeitsdienst und die Neuordnung der Löhne.

Die Vervollständigung der Sudeten-Wirtschaft belässt der Prager Regierung das Recht, die Exportindustrien weiterhin zu subventionieren. Obwohl die Industrie der Sudetenländer nahezu ausschliesslich Exportindustrie ist, vertritt die SdP einen nationalen Solidarismus, der einer Autarkie gleichkommt. Der schrankenlose Welthandel wird als überholt erklärt und es wird auf die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsblocke hingewiesen, um unangesehen die Eingliederung der Tschechoslovakie in die mittelmittel-europäische Hegemonie der Nazis als Ausweg aufzuzeigen. Der Aufbau der Volkswirtschaft wird mit einem zweistöckigen Haus verglichen: im Erdgeschoss wohnt die Landwirtschaft, im ersten Stock Industrie und Gewerbe, im zweiten Stock die Exportwirtschaft.

„Die im zweiten Stock tätigen Menschen sind nun im Zeitalter des Liberalismus nämlich der am Fundamente verankerten Familien- und Volkssolidarität entfallen.“

Angeblieh steht nun das zweite Stockwerk „überdimensioniert“ zur Schau da. Als wenn die Produzenten im ersten Stock nicht auch gleichzeitig die Exporteure im zweiten Stock wären. Wenn weiter für die ausgeführten industriellen Fertigungsgüter landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt werden, wie es für die Tschechoslovakie im Austausch mit den Donauländern unerlässlich ist, lässt sich auch die übrige Trennung der Stockwerke kaum aufrecht erhalten. Aber der „Vergleich“ wird für die nationalistiche Agitation gebraucht. Die Hemmungen des Welthandels sollen nicht beseitigt werden, sondern sie müssen erhalten, die volksdeutsche Autarkie zu rechtfertigen. Jede Wirtschaftsgruppe hat sich jenem Gesamtinteresse unterzuordnen, das die Autarkie — Drittes Reich plus Sudetengebiet — verlangt, auch um den Preis einer Zerstückelung der sudetendeutschen Exportindustrie. Die grossdeutsche Raumordnung verlangt, dass die Moldaurepublik abgemählich auf die industrielle Betätigung verzichtet und sich auf die Belieferung des Dritten Reiches mit Rohstoffen und Lebensmitteln umstellt. Die damit verbundene Senkung des Lebensstandards insbesondere des Sudetenvolkes wäre schon im Hinblick auf die absinkende Lebenshaltung des eigenen Volkes nicht unerwünscht.

Wenn die SdP mit ihrem Autarkieprogramm gleichzeitig den Vorschlag zur Eingliederung der Sudetenwirtschaft in den Welthandel serviert, können die britischen Vermittler diese internationale Tarnung der Autarkie ebenso bewerten, wie die volksdemokratische Tarnung der Henleinschen Totalität. Der Wahrheitsgehalt des Memorandums ist politisch und wirtschaftlich von gleicher Stärke.

Frieden ist, wenn...

*In Japan herrscht Frieden. Kein Krieg ist erklärt.
In Spanien herrscht Frieden — nicht intervenieren! —
In Oesterreich hat sich der Frieden bewährt,
und morgen schon werden sie weiter marschieren.*

*Der Frieden ist, scheint's, nicht mehr ganz, was er war.
Zwar, die noch nicht tot sind, die dürfen nicht klagen,
doch, bitte, der Tatbestand ist nicht recht klar,
was heisst denn das: Frieden? Man darf doch noch fragen?*

*Wenn etwa Herr Hitler ein Ländchen besetzt,
wenn etwa Italien mit seinen Armeen
die spanischen Städte verbrennt und zerfetzt,
dann will das nichts sagen. Man hat nichts gesehen.*

*Doch wenn sich der Gegner zu wehren versucht,
so tut er dem Frieden wahrhaftig nichts Gutes,
und hat ihn der Völkerbund erst mal verflucht,
dann schämt er sich selber des frevelten Mutes.*

*Bei näherer Betrachtung ist's garnicht so schwer,
das Wesen des Friedens von heul zu erschliessen:
Der Frieden umfängt uns zu Land und zu Meer,
solang es nur einem erlaubt ist, zu schiessen.*

In der Sackgasse der Kriegswirtschaft

Unendliche Finanzschwierigkeiten im Dritten Reich

Es sind erst einige Wochen her, seit der Staatssekretär Reinhard — der Finanzminister Krosigk darf schon lang nicht mehr den Mund auf tun — feierlich erklärte, neue Steuererhöhungen kämen nicht in Betracht; die durch die verbesserte Erhebung und die steigenden Umsätze erhöhten Steuereinnahmen deckten alle Anforderungen. Es war wieder mal gelogen.

Schon seit einiger Zeit erreichten uns Berichte aus Berlin, die von den wachsenden Finanzschwierigkeiten sprachen. In den Zahlungen an die Rüstungslieferanten wurden Verzögerungen bemerkbar; die Durchführung der verrückten Städteumbauten von Berlin, Hamburg, München und Nürnberg musste verlangsamt werden, nicht nur wegen Eisen- und Arbeitermangel, sondern auch wegen Erschwerung der Finanzierung. Auf der anderen Seite ist das Rüstungstempo, wie wir es ebenfalls vorausgesagt haben, nicht nur nicht herabgesetzt, sondern im Zusammenhang mit der Annexion Oesterreichs und der tschechischen Krise fieberhaft beschleunigt worden. In Oesterreich wird eine dem deutschen Stand entsprechende Aufrüstung durchgeführt. An der Grenze gegen die Tschechoslowakei werden grosse Befestigungsanlagen errichtet. Fieberhaft wird der Ausbau der riesigen Befestigungen an der Westgrenze, die jetzt als Sperrgebiet erklärt wurde, betrieben. Man schätzt das damit beschäftigte Arbeiterheer auf 200 000 Mann; neben dem Einsatz des Arbeitsdienstes hat die umfangreiche Anwendung des Arbeitspflichtgesetzes Görings die Rekrutierung dieser Arbeitsarmee trotz des Arbeitermangels gesichert. Die Produktion der Rüstungsindustrie ist überdies gesteigert worden; sie arbeitet zum grossen Teil in zwei Schichten zu je 10 Stunden.

Der Ausbau und die Rationalisierung der österreichischen Produktionsstätten erfordert zunächst Investitionen in der Höhe einiger Milliarden Reichsmark. Wie sehr dadurch auch die österreichischen Rohstoffe beansprucht werden, zeigt eine Bemerkung der „Deutschen Bank“, dass die wirtschaftliche Gleichschaltung und die Durchführung des Vierjahresplans in Oesterreich wesentlich grössere Eisenmengen erfordern wird, als der österreichische Erzbergbau an das Reich abzugeben vermag. Durch die Annexion Oesterreichs habe die Rohstofflage der deutschen Eisenwirtschaft deshalb im Ganzen genommen keine Erleichterung erfahren. Und was für das Eisen, wird bald auch für die österreichischen Arbeitskräfte zutreffen.

Es wachsen die Schwierigkeiten der Ausrüstungswirtschaft. Es wird uns berichtet, dass die Berechnungen zu optimistisch waren. Die Kosten für die Ersatzstofffabriken liegen sehr erheblich, teilweise um 50 Prozent und mehr, über den Voranschlägen. Die Inbetriebstellung der Werke verzögert sich zum Teil infolge Rohstoffmangels, zum Teil infolge Nichteinhaltens der Lieferfristen. Die Preise der ohnedies teureren Ersatzstoffe, die auf der ursprünglichen Kostenbasis kalkuliert sind, erscheinen zu niedrig und werden wohl statt der versprochenen Senkung eine Erhöhung erfahren müssen.

All das bedingt rapid steigende Ausgaben. Sie werden, bis jetzt gedeckt, ausser durch die vermehrten Steuereinnahmen und die Ersparnisse an den Sozialausgaben, namentlich an Arbeitslosenunterstützung, durch fortgesetzte Schuldenaufnahme. Seit 1934 sind etwa 10,5 Milliarden Reichsmark durch sogenannte konsolidierte Anleihen aufgebracht worden; daneben etwa 15 Milliarden Reichsmark — es handelt sich um eine Mindestschätzung — durch Vermehrung der schwebenden Schulden. Eine weitere Steigerung der Schuldenwirtschaft, die ja nur eine gekannte Form der Inanspruchnahme des Notenbankkredits darstellt, ist aber jetzt besonders gefährlich geworden. Denn in die deutschen Produktivkräfte, die menschlichen wie die sachlichen, bereits auf das äusserste angespannt sind, so geht den neuen Ausgaben des Staates nicht mehr eine entsprechende Steigerung des Produktionsumfanges parallel. Es kann im Wesentlichen nur eine Verschiebung stattfinden, indem ein noch grösserer Teil der Produktivkräfte auf die Herstellung unproduktiver Güter — Waffen, Bauten usw. — verwandt wird, ein noch geringerer zur Erzeugung von produktiven oder Exportgütern. Die Finanzierung unproduktiver Güterherstellung mittels Notenbank- und Staatskredits bedeutet aber direkte Inflation und rückt den Zeitpunkt nahe, wo die vorhandene Inflation in die offene Inflation umzuschlagen droht. Daher der neue Kampf Schachts um eine Änderung der Finanzierung, um eine Beschränkung der Staatsausgaben auf das Mass, in dem sie durch Steuern und echte Anleihen gedeckt werden können.

In diesem Kampf hat Schacht zunächst eine neue Steuerbelastung im Umfang von einer Milliarde Reichsmark gefordert. Neben einer Erhöhung der Körperschafts-

steuer stand auch die der Umsatzsteuer um 0,5 Prozent zur Debatte. Schliesslich verzichtete man darauf aus Furcht, dass diese Erhöhung eine allgemeine Preissteigerung mit all ihren gefährlichen Folgen herbeiführen könnte und belies es bei der neuen Steigerung der Körperschaftsteuer.

Der Steuersatz dieser Einkommensteuer der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurde bereits 1936 um 20 auf 30 Prozent erhöht. Jetzt wird die Steuer für alle Kapitalgesellschaften mit über 100 000 Reichsmark Reingewinn auf 35 Prozent rückwirkend für das Jahr 1938 und auf 40 Prozent für die Jahre 1939 und 1940 erhöht. (Dabei ist zu beachten, dass diese Gewinne einer doppelten Besteuerung unterliegen; denn die ausgeschütteten Dividenden usw. unterliegen beim Bezieher der veranlagten Einkommenssteuer, deren Sätze in den höchsten Einkommensstufen bis 40 Prozent ansteigen). Die Steuererhöhung bedeutet für 1938 eine Mehreinnahme von etwa 250 Millionen, für die folgenden Jahre eine solche um 500 Millionen Reichsmark jährlich. Die Bedeutung, die die Körperschaftsteuer altmählich im deutschen Steuersystem gewonnen hat, geht daraus hervor, dass sie im Krisenjahr 1932 nur 106 Millionen Reichsmark oder noch nicht zwei Prozent der gesamten Steuereinnahmen von 6 647 Millionen Reichsmark erbrachte, dagegen 1937 mit 1553 Millionen bereits elf Prozent der Gesamteinnahmen, die bereits

auf 13 958 Millionen Reichsmark angewachsen waren.

Die Vollanspannung der deutschen Produktivkräfte hat tatsächlich zu einer Vermehrung der Selbstkosten der Unternehmungen und damit zu einer Verlangsamung des Gewinnanstiegs geführt. Die Verschärfung der Steuer bedeutet eine weitere Verringerung der Gewinnspanne. Dies ist umso empfindlicher, als von den Grossunternehmungen zur Durchführung des Vierjahresplanes bedeutende und kostspielige Investitionen gefordert werden, die sie aus ihren Gewinnen finanzieren sollen. Was das Reich so an eigener Finanzierungsmöglichkeit durch die Steuererhöhung gewinnt, verliert andererseits die Wirtschaft durch die Verringerung der Finanzierungskraft der Kapitalgesellschaften. Die Börse hat auf die neue Steuer mit einem neuerlichen starken Rückgang der Aktienkurse reagiert. Zugleich mit dieser Steuererhöhung führt die Diktatur durch eine Aenderung des Finanzausgleichs auch eine neue Verteilung des gesamten Steueraufkommens zugunsten des Reiches und zu Lasten der Gemeinden durch, die schon Mitte Juni auf dem deutschen Gemeindefest vom Innenminister Fricke angekündigt worden war. Den Gemeinden, die, wie wir bereits wissen, ohnehin die dringendsten Bauten, Erneuerung hauffälliger Brücken, Kinderheime oder Spitäler, zur Schonung der Eisenvorräte nicht ausführen dürfen, deren Kulturausgaben gedrosselt sind und

deren Armenfürsorge immer miserabler wird, wird zunächst die Biersteuer genommen. Natürlich nicht zugunsten der Konsumenten. Vielmehr wird die bisherige Gemeindebiersteuer mit der Reichsbiersteuer vereinigt, deren Sätze entsprechend (oder gar darüber hinaus?) erhöht werden. Dadurch werden etwa 170 Millionen Reichsmark jährlich von den Gemeinden auf die Reichsfinanzen übertragen. Ferner wird die Rückerstattung der Körperschaftsteuer an die Betriebe der Gemeinden beseitigt.

Gewinn des Reiches: etwa 120 Millionen. Von der Grunderwerbssteuer sollen künftig drei Prozent dem Reich zufließen, etwa 95 Millionen. Im Ganzen überträgt so das Reich etwa 385 Millionen Reichsmark in seine Kassen.

Die Steigerung der Reicheinnahmen um fast 900 Millionen Reichsmark in den kommenden Etatjahren würde für einen normalen Haushalt eine recht grosse Verbesserung bedeuten. Aber in der deutschen Finanzwirtschaft ist eben nichts mehr normal. 900 Millionen bedeuten bei dem jährlichen Ausgabenzuwachs um mehrere Milliarden nur einen Tropfen auf den heissen Stein. Schachts Anstrengung zu einer Eindämmung der rapiden Schuldenvermehrung zu kommen, muss an den inneren Gesetzen der Wehrwirtschaft, an den masslosen Kosten der Rüstungs- und Autarkieausgaben scheitern, deren Vollstrecker Göring ist. Auf dem Weg, den die Diktatur eingeschlagen, gibt es kein Zurück.

Dr. Richard Kern.

Humanität als Mittel der Kriegsrüstung Das Nazirecht — eine Funktion der Naziwirtschaft

Es klingt wie ein Märchen, und ist dennoch Wirklichkeit: im Dritten Reich wird von Amts wegen Abbau des Terrors anbefohlen, und zwar, das ist das Märchenhafteste an der Sache, unter Berufung auf ein humanes Gesetz, das in den ersten Jahren der Weimarer Republik geschaffen worden und im totalen Staat völlig in Vergessenheit geraten war. So wird in der „Westdeutschen Wirtschaftszeitung“ vom 21. Juli das Straftilgungsgesetz vom 9. April 1920 in Erinnerung gebracht, das Landesregierungen und Landesjustizverwaltungen berechtigt, die Aemter von der Verpflichtung, über Vorstrafen Auskunft zu geben, zu befreien, noch bevor die Frist zur Streichung aus dem Strafregister abgelaufen ist. „Die Vorschrift hatte den Zweck“, schreibt die „Westdeutsche Wirtschaftszeitung“, „betrafte Personen zu straffreiem polizeilichen Führungszeugnissen zu verhelfen, um ihnen die Wiedereingliederung in das allgemeine bürgerliche Leben zu erleichtern.“

Die Zeitschrift stellt aber gleichzeitig fest, dass in den fünf Jahren Drittes Reich mit den vorbestraften Volksgenossen in einer Weise verfahren worden ist, die im strikten Widerspruch zu dem humanen Zweck des Straftilgungsgesetzes gestanden hat. Der Weimarer Republik kam es darauf an, den Bestraften davor zu bewahren, dass ihm über die Strafzeit hinaus ein Makel anhafte, dem Dritten Reich kommt es darauf an, den Vorbestraften, vor allem den politischen „Verbrecher“ als einen für sein ganzes Leben Gezeichneten zu behandeln. Das Straftilgungsgesetz war zum Schutz von Leuten bestimmt, die sich wirklicher Verbrechen oder Vergehen schuldig gemacht hatten, das Dritte Reich verfolgt schonungs- und erbarmungslos Leute, deren Verbrechen nur in totalitären Staaten als solche angesehen werden. Das Strafregister wurde zur Waffe des politischen Terrors. Das wird von der „Westdeutschen Wirtschaftszeitung“ sehr anschaulich geschildert.

Das polizeiliche Führungszeugnis sei in den letzten Jahren „gewissermassen zu einem Berechtigungsschein für die Zulassung zur Arbeit und für die Beibehaltung der Arbeitsstelle geworden“. „Mehr und mehr ist man dazu übergegangen, sich nicht mit einem polizeilichen Führungszeugnis, auch wenn es keinen Strafvermerk aufweist, zu begnügen, sondern von den Gefolgschaftsmitgliedern und solchen Personen, die sich um Stellen bewerben, schriftliche Erklärungen zu fordern, ob wann, weshalb und wie sie überhaupt bestraft sind. Es wird dabei versucht, nicht selten unter Ausübung starken Drucks, in persönliche Verhältnisse des Betroffenen in dieser Weise einzudringen, so dass jeder Bestrafte in dem durch das Straftilgungsgesetz gewährleisteten Rechte und dem mit dem Gesetz verfolgten Zweck von privater Seite beeinträchtigt wird.“

So wird der Bestrafte gezwungen, selbst seine Vorstrafen anzugeben, auch wenn sie schon aus dem Strafregister getilgt sind und „in Gewissensnot getrieben“, denn „die abgegebenen Erklärungen bringen ihnen nur zu leicht wirtschaftliche Nachteile,

weil der Zufall eine Wahrheit doch an den Tag bringen kann, während wahre Angaben zum Bekannwerden von Vorgängen führen, die der Gesetzgeber nach aussen hin hat unerkennbar machen wollen.“

Die „Westdeutsche Wirtschaftszeitung“ erzählt also richtige Greuermärchen. Das Dritte Reich hat fünf Jahre lang das Gesetz verletzt und Menschen unter wirtschaftlichen Druck gesetzt, um als abschreckende Beispiele verwendet zu werden. Dass die bisherige Praxis, die auch von den Unternehmern zumeist nicht freiwillig geübt wird — sie müssen sich zu Instrumenten des Terrors machen, weil sie selbst sonst fürchten müssen, Objekte des Terrors zu werden — so ausgesehen hat, ist aber nicht etwa nur die private Meinung der „Westdeutschen Wirtschaftszeitung“, sondern auch der höchsten Instanzen des Dritten Reiches, des Reichswirtschaftsministers, des Reichsarbeitsministers, des Reichsführers der SS, des Chefs der Deutschen Polizei sowie der Deutschen Arbeitsfront. Im Einvernehmen mit ihnen hat die Reichswirtschaftskammer an die Betriebsführer der gewerblichen Wirtschaft die Mahnung gerichtet, „davon Abstand zu nehmen, neben den in den polizeilichen Führungszeugnissen enthaltenen Angaben noch weitere Erklärungen von ihren Gefolgschaftsmitgliedern zu fordern, vielmehr bei Einstellung von Arbeitskräften in erster Linie die fachliche Eignung zu berücksichtigen und etwaige Vorstrafen nur in berechtigten Ausnahmefällen und auch nur dann als Hinderungsgrund für eine Einstellung anzusehen, wenn die Art der Vergehen eine Beschäftigung verbietet.“

Wer aber meint, es handle sich hier auch nur um den Beginn einer grundsätzlichen Abkehr vom Terror, würde sich gründlich täuschen. Es geht nicht darum, Volksgenossen vor der Strafe lebenslänglicher Arbeitslosigkeit zu schützen, nicht um die Rettung der Bestraften, sondern des Regimes selbst, das auch auf die Arbeit der bisher Verfechten nicht verzichten kann, weil es seine Kriegsvorbereitung mehr noch als vom Mangel an Rohstoffen vom Arbeitermangel bedroht sieht. Denn, sagt die „Westdeutsche Wirtschaftszeitung“, „bei dem zunehmenden Mangel von Arbeitskräften können wir auf den Einsatz auch vorbestrafter Personen nicht verzichten“. Auch die Massnahmen des Dritten Reiches, die den Anschein von Humanität erwecken, sind nur Mittel der Kriegsvorbereitung.

G. A. F.

Deutschlands Rettung durch Juda

Aber wie lange?

Im „Neuen Vorwärts“ Nr. 268 hat Dr. Richard Kern ausführlich die Schwierigkeiten behandelt, die der deutschen Staatskonjunktur durch die steigende Passivität der Handelsbilanz bereitet werden. Bisher ist es möglich gewesen, die vom Rückgang des Exports freigesetzten Arbeitskräfte durch Rüstungsaufträge aufzusaugen. Die Frage ist, ob das fernerhin

möglich sein wird, weil die Anhäufung ausländischer Warenschulden bei gleichzeitigem Rückgang der Ausfuhr zwingen könnte, die Einfuhr zu drosseln und das Tempo der Kriegsrüstung zu verlangsamen.

Ganz so schlimm, wie die veröffentlichten Ziffern der Handels- und Zahlungsbilanz die Zahlungsfähigkeit des Dritten Reiches erscheinen lassen, ist sie allerdings nicht. Denn zur Zeit lässt sich das Dritte Reich ganz programmwidrig von Juda retten. Der „Economist“ vom 23. Juli berichtet, dass trotz passiver Handelsbilanz die Einfuhr von Gold nach Deutschland anhält. Es sei wahrscheinlich, dass diese Importe mit enteigneten Wertpapieren bezahlt werden. In dem Reichsbankausweis erschienen sie allerdings nicht. Allein im Juni hatte die Nettoeinfuhr von Gold 16 Millionen Reichsmark betragen, im ersten Halbjahr 1938 war für 6 Millionen Mark Gold ausgeführt und für 97 Millionen Mark Gold eingeführt worden. Diese Summen, um die die ausländischen Warengläubiger geprellt werden, ist fast so gross wie der Einfuhrüberschuss dieser Periode. Trotz Goldzufuhren bleibt nach dem Reichsbankausweis aber der Gold- und Devisenbestand mit seinen rund 70 Millionen unverändert niedrig.

Aber diese Art Rettung durch Juda ist der Natur der Sache nach kurz befristet. Mangels Exports braucht man die Unterwerfung Südosteuropas, und man wird, wenn es nicht auf andere Weise geht, einen Krieg riskieren, um das Kriegspotential zu erhalten.

G. A. F.

Dreihundzwanzig zu eins

Der Haushaltsplan der Stadt München für das Jahr 1938 sieht vor:

Für „Gründerwerbungen zum Ausbau der Hauptstadt der Bewegung“ 3 500 000 RM.
Für den „ausserordentlichen Ausbau der Hauptstadt der Bewegung“ 50 000 000 RM.
Für Wohnungsfürsorge 2 285 000 RM.

Die Rache bleibt nicht aus

„Maxe, Du brauchst keine Angst zu haben. Du kannst ruhig nach Hause kommen“ — so weinte der deutsche Ansager des Rundfunk ins Mikrofon, als Max Schmeling unter den Schlägen von Joe Louis zusammensackte.

Später bekam es Maxe aus dem Stab des Führers telephonisch, dass er unbesorgt nach Deutschland zurückkehren könne. Er fuhr zurück, und sein Manager Max Machon mit ihm.

Max Machon fuhr kürzlich mit seinem Auto, in dem er regelmässig Max Schmeling mitzunehmen pflegte, über die Reichsautobahn. Plötzlich fuhr ihm ein Privatwagen direkt quer — und Max Machon wurde mit Bein- und Rippenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert.

Reinhold Wulle, der frühere deutschvölkische Reichstagsabgeordnete, ist mit mehreren Freunden verhaftet worden. Nach einigen Tagen Haft wurde er wieder freigelassen.

Berichte aus Deutschland

Gestapomethoden Verhaltens- und Spitzelarbeit

Aus Baden:

Seit einigen Wochen grassiert wieder in ganz Baden ein starkes Verhaftungsieber. Die Gestapo muss in vielen Betrieben, besonders in den Rüstungsbetrieben ihre Spitzel haben. So wurden in Karlsruhe in der Patronenfabrik mehrere Leute verhaftet, die sich über die Zustände im Betriebe, und zwar ganz allgemein im ablehnenden Sinne unterhalten haben. Darum auch die grosse Zurückhaltung der Arbeiter in den Betrieben. Nur wenn zwei Leute sich unter vier Augen sprechen können, und einer vom andern genau weiss, wie er eingestellt ist, wird geredet.

Es wird auch immer mehr auf das bestmögliche behauptet, dass auch auf den Arbeitsämtern Gestapospitzel als Arbeitslose eingetragen sind, die als Arbeitslose stempeln gehen und so herumhocken, was unter den Arbeitslosen gesprochen wird.

Aus Konstanz:

Eine Wohnungsbaugesellschaft baut hier drei grosse Häuser nur für Beamte. Die dabei beschäftigten Bauarbeiter sind in sehr schlechter Stimmung gegen das bestehende System. Als gegen den Kommunisten Renner, die Untersuchung durchgeführt wurde, wurden ganz planlos ganze Trupps von den auf diesen Bauten beschäftigten Arbeitern verhaftet und ausgeforscht, ob sie mit Renner etwas zu tun hätten oder etwas dazu sagen könnten. Einen dieser Arbeiter liessen sie von früh 9 Uhr an sitzen und verhörten ihn erst spät abends. Man liess ihn dann laufen, ohne einen Pfennig Vergütung für den entgangenen Arbeitslohn. Der Stuttgarter Gestapo-Beamte sagte ihm, ob er denn gar keine Angaben über andere machen könne, die Arbeit, die er auf dem Bau leisten müsse, sei ja für ihn viel zu schwer, er verschaffe ihm eine bessere leichtere Arbeit, wenn er mit der Sprache heraufgehen werde. Der Mann blieb aber verschlossen.

Ein Bauhilfsarbeiter mit zwei Kindern und etwa 25 Reichmark Wocheneinkommen, der seit drei Jahren Mitglied der NSV ist, Beiträge dafür bezahlt, hat noch nie das Fürsorgeamt oder die NSV, in Anspruch genommen und alle seine Verpflichtungen, wie sie das Leben nun so stellt pünktlich erfüllt. Letzten Winter konnte er aber ein Paar Schuhe für eines seiner Kinder doch nicht aufbringen. Er ging zur NSV, und legte den Herren seine Lage klar. Diese sagten ihm aber, solange seine Frau nicht in andern Umständen sei, könne er keine Winterhilfsunterstützung bekommen.

Da nahm der Mann aufs höchste erbittert das Mitgliedsbuch der NSV heraus, zerriss es und legte es auf den Tisch mit den Worten, dann brauche ich ja auch nichts mehr an euch zu bezahlen.

Der Mann und seine Frau haben betteln müssen, dass von seiner Verhaftung Abstand genommen wurde.

Korruptierte Deutsche Die Schande geht über die Grenzen

Das Dritte Reich trägt seine Korruption über die Grenze in das deutschsprachige Gebiet in der Tschechoslowakei. Wie weit die Korruption der Henlein-Deutschen geht, ersieht man aus dem folgenden Bericht, der uns aus Karlsbad zugeht:

Man kann von dem Kurhausbesitzer in Karlsbad im vertraulichen Gespräch hören, dass es eine grosse Rücksichtslosigkeit von Henlein und seinen Auftraggebern gewesen ist, seine Kampfleistungen ausgerechnet in Karlsbad zu veröffentlichen, wo doch gerade Karlsbad bisher das sudetendeutsche Tor für die Welt gewesen ist. Das hindert den Kurhausbesitzer aber nicht, offiziell als Mitglied der SdP diesen Forderungen vollen Beifall zu zollen. Eine Bedienstete eines Karlsbader Kurhauses, das seine jüdischen Kurgäste eingebüsst hat, gestand mit einem Seufzer: „Ach gnä Frau, es war doch schöner, wie mer noch net arisch warn!“ Dienstboten und Hauspersonal der Kurstädte ist aber vorwiegend Avantgarde der SdP.

Kurhausbesitzer, Geschäftshäuser und Bedienstetenpersonal aller Art haben Gelegenheit, die verschiedensten Meinungen der Kurgäste aus der ganzen Welt kennen zu lernen, und sie bemühen sich wirklich nach dem schweren Rückschlag, den der Kurbetrieb in den Mai- und Juniwochen erlitten hat, den Kurgästen Rechnung zu tragen und ihnen, solange sie da sind,

Sklavendasein deutscher Arbeiter

Nur noch Objekte der Kriegswirtschaft

Einsehränkung der Freizügigkeit.

Aus Baden wird uns mitgeteilt:

Unzufriedenheit und grosse Unruhe ist bei den Arbeitern und Angestellten darüber, dass es ihnen, in den letzten Wochen merklich verschärft, immer schwieriger gemacht wird, den Arbeitsplatz zu wechseln. Wenn einer nicht nachweisen kann, dass er den Arbeitsplatz nur deshalb wechselt, um beruflich vorwärts zu kommen, bekommt er vom Arbeitsamt keine Karte um in einem neuen Betrieb anzufangen. Eine wirtschaftliche Besserstellung, wenn also einer im neuen Betrieb mehr verdienen könnte, wird nicht als Grund angenommen, dass er den Arbeitsplatz wechseln kann. Es liegen bereits zahlreiche Fälle vor, dass Arbeiter, die in einen andern Betrieb wollten, weil dort besser bezahlt wird, einfach nicht fortgelassen wurden.

Aus Nordwestdeutschland erfahren wir:

Welche Formen die Beseitigung der Freizügigkeit für die Arbeiter annimmt, dafür spricht folgender Fall. Ein Facharbeiter der Holzbearbeitungsindustrie, der in einem Rüstungsbetrieb tätig ist, hat die Möglichkeit, in einem andern Rüstungsbetrieb bessere Arbeit zu finden. Der Einkommensunterschied würde für ihn 50 Prozent ausmachen. Dem Arbeiter wird die Genehmigung zum Arbeitsplatzwechsel nicht erteilt. Auf seine Beschwerde, dass im Gesetz ausdrücklich ein Arbeitsplatzwechsel im Falle einer Verbesserung der Lage zugesichert sei, wird entschieden, dass eine solche Verbesserung sich nur auf die Leistung, nicht auf einen finanziellen Vorteil beziehen könne. Eine finanzielle Verbesserung sei keine Verbesserung. Nur dann sei der Arbeitsplatzwechsel mit dem Hinweis auf Verbesserung zu begründen, wenn es sich darum handelt, dass der Betrof-

nach dem Munde zu reden. Dabei ergeben sich die drolligsten Beobachtungen und Bemerkungen. Zwei Beispiele:

Ein weiblicher Kurgast aus dem Dritten Reich kauft sich in einem Wäschegeschäft eine Decke für mehrere hundert tschechische Kronen. Nach kurzer Zeit versucht der Kurgast die Decke zurückzugeben mit dem Bemerkung: Die Decke kostet doch einen Haufen Zoll, da lassen wir sie lieber zwei Monate noch liegen, dann ist ja alles zollfrei.

In ein Warenhaus kommt ein reichsdeutscher Kurgast von der Branche, besichtigt und prüft die Warenbestände. Er findet erstklassige Stoffe viel billiger wie im Reich und erzählt, dass es erstens solche Qualität nicht mehr gibt und zweitens auch für den Preis nicht herzustellen wäre. Im Gespräch über die Unterschiede in den Verhältnissen, wird der Kurgast auf Grund seiner objektiven Äusserungen von seinem Gesprächspartner gefragt: „Sagen Sie mal, gibt es auch noch Sozialdemokraten drüben?“ „Ja, einige schon“ erwidert der Kurgast. „Wie hoch schätzen Sie in Prozenten?“ war die nächste Frage. „Na, vielleicht so 75 Prozent“ meinte lachend der Gefragte. „Und Kommunisten?“ wollte der Frager wissen. „Kommunisten sind die übrigen 25 Prozent“ sagte verschmitzt der Kurgast. „Da bleiben doch überhaupt keine Nationalsozialisten übrig“ sagte betroffen der Frager, der sich genarrt wähnte. Worauf der Kurgast mit Ernst sagte: „Das verstehen Sie nicht! Nationalsozialisten sind wir alle!“

Ueberhaupt bieten die westböhmisches Kurstädte dieses Jahr sonderbare Zustände. Die reichsdeutschen Kurgäste müssen es sich angelegen sein lassen, bestimmte Vergnügungsorte zu meiden, ihren Zeitungs- und Literaturbedarf in völkischen Buchhandlungen zu kaufen usw. Eine ganze Reihe von Fällen ist schon aus dem Reich bekannt geworden, dass Kurgäste nach ihrer Rückkehr belangt worden sind, weil sie den deutschen Gruss von Henleinleuten nicht erwidert haben, Juden gegenüber das Dritte Reich nicht verteidigt, regelmässig das „Prager Tageblatt“ gelesen usw. Die Spitzeltätigkeit ist also regelrecht in Tätigkeit und es bedarf keiner Gestapo-beamten mehr.

Umgekehrt kann aber auch beobachtet werden, dass ausgesprochene SdP-Lokale von den demokratischen Kurgästen gemieden werden. In mehreren Fällen konnte bei Kurgästen aus Frankreich und der Schweiz beobachtet werden, dass sie Orien-

tende von einer untergeordneten in eine selbständige, leitende Position aufrücke.

Akkordverschlechterungen

Aus Baden wird uns berichtet:

Seit einigen Monaten werden in den Grossbetrieben die Akkordsätze immer mehr heruntergedrückt. Es wurde eine ganze Reihe von jungen Leuten als Hilfsmeister angestellt, die in Gemeinschaft mit jungen Technikern ständig mit der Stoppuhr die Zeit für die Akkordarbeit kontrollieren. An den Zahltagen gibt es dann regelmässig Krach mit den Meistern und Vorarbeitern wegen ungenügendem Verdienst. Auf der andern Seite ziehen aber die Preise immer an. Auch die beschränktesten Arbeiter und auch die jungen Nazis vertreten die Ansicht, dass sie nach den Lebensmittelpreisen gerechnet heute schon 25 bis 30 Prozent weniger verdienen als vor zwei Jahren. Diese Beschwerden kommen aus fast allen Grossbetrieben.

Oeffentliche Betriebe.

Sehr schlecht ist die Stimmung bei den Arbeitern und Angestellten der Oeffentlichen Betriebe. Eine ganze Anzahl von Nazis, die 1933 zu den Gemeinden gekommen sind, haben diese Betriebe wieder verlassen. In einer mittleren Stadt hat man sogar einen Schlosser, der früher bei der Stadt beschäftigt, und kommunistischer Gemeinderat war, durch den Werkführer anfragen lassen, ob er nicht wieder zur Stadt kommen will. Der Mann wurde 1933 fristlos entlassen. An seine Stelle kam ein alter Kämpfer, der aber nicht viel taugt.

Die Tätigkeit der Arbeitsfront

beschränkt sich heute in den Betrieben nur noch auf die Abhaltung von Kamerad-

schaftsabenden oder Arrangierung von KdF-Reisen oder zur Werbung für die Werkscharen. In verschiedenen Fabriken sind die Leute zur Fabrikfeuerwehr gegangen, nur um sich vom Beitritt in die Werkscharen drücken zu können.

Niedrige Löhne — endlose Arbeitszeit.

Man schreibt uns aus Berlin:

Ueber die Löhne, die heute gezahlt werden, unterrichten die folgenden Abschnitte der Lohnzahlungen an vier Metallarbeiter, die in einem grossen Berliner Betrieb tätig sind.

1. Bruttolohn bei 48 Arbeitsstunden: 44,40 Mark.

Abzüge: Lohnsteuer 3,72; Krankenkasse 1,82; Erwerbslosenbeitrag 1,43; Invalidenversicherung 1,20; Wehrsteuer 1,86; Arbeitsfront 2,80; Winterhilfswerk — 40 Mk. Zusammen: Mk. 13,23; Nettolohn: 31,17 Mk.

2. Bruttolohn bei 58 Arbeitsstunden: 60,50 Mark.

Abzüge: Lohnsteuer 7,62; Krankenkasse 1,82; Erwerbslosenbeitrag 1,98; Invalidenversicherung 1,35; Bürgersteuer 1,50 Wehrsteuer 3,81. Zusammen: 18,78 Mark. Nettolohn: 41,72 Mark.

3. Bruttolohn bei 57 Arbeitsstunden: 59,25 Mark.

Abzüge: Lohnsteuer 6,90; Krankenkasse 2,44; Erwerbslosenbeitrag: 1,92; Invalidenversicherung: 1,35; Bürgersteuer — 7,50 Mark; Wehrsteuer 3,45 Mark. Zusammen: 16,81 Mark. Nettolohn: 42,44 Mark.

4. Bruttolohn: bei 68 Arbeitsstunden: 71,25 Mark.

Abzüge: Lohnsteuer 9,42; Krankenkasse 2,89; Erwerbslosenbeitrag 2,28; Invalidenversicherung 1,20; Bürgersteuer — 7,50; Winterhilfswerk 1,00; Wehrsteuer 4,71 Mk. Zusammen: 22,25 Mark. Nettolohn: 49,00 Mark.

lierungszettel bei sich führen, nach denen sie sich bei ihren Einkäufen und Besuchen richten. Nicht selten ziehen Kurgäste um, wenn sie festgestellt haben, wohin sie geraten sind. Ein Kurgast aus Oesterreich, der am ersten Tag seiner Ankuft von seinem Wirt mit einem Schwall von Dankeshymnen auf Hitler überschüttet wurde, weil dieser Oesterreich befreit hat, zog am nächsten Tage wieder aus. Auf die betroffene Frage des Wirtes, weshalb; erwiderte er kurz: „Weil ich Oesterreicher bin!“ Viele, die die Quartiere wechseln, geben ihre politischen Beweggründe nicht an, sondern suchen sich andere, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Dies alles würde unter normalen Zeiten gute Erziehung zur Rückkehr zu nüchternem Denken sein.

Wenn der Handschuhfabrikant des Erzgebirges Kenntnis davon hat, dass fast der gesamte Export der Branche durch jüdische Hände läuft und gerade diesem Umstand in den letzten Jahren der geschäftliche Aufstieg im böhmischen Erzgebirge um Abergam zu verdanken war, so will er jetzt den Folgen des antisemitischen Kreuzzuges, den er selber in der SdP mitmacht, dadurch entgehen, dass bewusst falsche Auskünfte über die Exporteure ins Ausland lanciert werden. Man will sich das jüdische Geschäft erhalten dadurch, dass man auf die beschäftigten Arbeiter verweist, die nicht der SdP angehören. Im Betriebe selber wird aber der Antisemit und Antidemokrat rücksichtslos herausgestellt und der letzte nicht gleichgeschaltete Arbeiter zu beseitigen oder zu unterwerfen gesucht. Es ist ein Doppelspiel mit der Absicht, den jüdischen Handel auszunutzen, solange als nur möglich, alle dazu verwendeten Mittel und Methoden hält man für erlaubt und man glaubt sich gerade dadurch ein Alibi mehr zu verschaffen, für die Eingliederung in die grossdeutsche Wirtschaft.

Jede Branche entwickelt ihre besonderen Methoden des dreifachen Spieles gegenüber dem Staat, dem Dritten Reich und dem Ausland.

Vom Hetztempo

Aus Wilhelmshaven:

Für das Arbeitstempo bei den Rüstungsbetrieben ist bereits einmal auf den Bau der 4. Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven hingewiesen worden. Bei dieser Arbeit ist jetzt ein Unfall passiert, der deutlicher als sonst die Arbeitsmethoden und das Tempo

charakterisiert. Alles geht mit der Stoppuhr. So ist jetzt beim Ziehen einer Betonwand das Eingliessen der Zementmasse in die Verschalung begonnen worden, ohne dass man sich davon überzeugt hatte, ob die Verschalung auch wirklich von Arbeitern frei war. Am Abend stellte man in einer der Baracken fest, dass ein Arbeiter fehlte. Man nahm an, dass er ausgediebt sei, was bei dieser Arbeit öfter vorkommt. Erst als man nach zwei Tagen die Verschalung von der Zementmauer wegnahm, stellte man fest, dass der Arbeiter einfach eingemauert worden war. Die Leiche wurde herausgehauen. Ueber den Vorfall darf nicht berichtet werden.

Kurzarbeit in den deutschen Häfen

Immer wieder haben Nazi-Redner im Sommer 1937 in den deutschen Hafenstädten erklärt, dass die Nazis als Ausgleich für die niedrigen Löhne ständige Beschäftigung garantierten. Die Nazi-Wirtschaft, behaupteten sie, kenne keine Wirtschaftskrise. In Hamburg, dem grössten deutschen Hafen, wurden im vergangenen Winter die Hafnarbeiter wieder einmal ausgesiebt. Etwa 1200 Hafnarbeiter wurden nach und nach aus der Vermittlung ausgeschlossen und als Erdarbeiter vermittelt. Die Uebriggebliebenen machen trotzdem seit Dezember nur 2 bis 3 Schichten in der Woche.

In Bremen müssen die „ständigen“ Hafnarbeiter froh sein, wenn sie drei Schichten in der Woche arbeiten können. Für die Unständigen ist nur für ein bis zwei Schichten Arbeit da.

Die Stimmung in den Hafenstädten entspricht dieser Lage. In Bremen waren z. B. die Händler von Nazi-Organisationen gezwungen worden, an ihrer Tür Schilder anzubringen: „Vergiss den deutschen Gruss, Heil Hitler nicht“. Diese Schilder sind fast alle wieder verschwunden — man grüsst am Hafen nicht mit dem Nazi-Gruss.

Wieder einer. Der Thüringische Ministerpräsident Willi Marschler ist Bauer in Gross-Pillingsdorf, Kreis Gera, geworden. Landesbauernführer Peuckert überreichte ihm im Thüringischen Wirtschaftsministerium in feierlicher Form den Neubauernschein und sprach dem Ministerpräsidenten die herzlichsten Glückwünsche aus. („BZ am Mittag“, Berlin, Nr. 184.)

Bebel über Führer und Führertum

Ein lehrreiches Streitgespräch / Von Bruno Altmann

Vor bald 30 Jahren bildeten wir im Züricher Café de la Terrasse eine literarisch-politische Gesellschaft „Pantagruel“, deren Ehrengast August Bebel gewesen ist. Wenn Karl Bleibtreu dabei war, durfte man auf antisemitische Attacken gefasst sein. Dieses Mal hatte ihn ein jüdischer Literat in seiner masslosen Eitelkeit verletzt und nun ging es über die Juden los, was nur die Sprache an Grobheiten hergab. Bebel pflegte ihn sich satt schimpfen zu lassen. Wenn er wieder der Besinnung stattgab, strafte Bebel ihn mit einer Randbemerkung ab. „Mich dünkt, ich hör den weihen Ahlwardt reden“. Ahlwardt, antisemitischer Abgeordneter des Wahlkreises Friedeberg-Arnswalde, ist eine viel belächelte Figur im Reichstag gewesen. Er hat über „Juden und Judengenossen“ nicht läppischer gesprochen als Hitler und Kube. Bleibtreu polterte noch eine Weile, knurrte dann, brummte viel Unverständliches in seinen Vollbart und schwieg endlich.

Sein Gröhl war aber wenig abgedämpft; er wollte dieses Mal fraglos eine Debatte provozieren, die zu reichlich vielen antisemitischen Ausfällen Anlass bot. Er fragte Bebel, warum er immer für die Juden eintrete, was er diesen denn als Politiker so Grosses zu verdanken habe. Karl Marx hin oder her; politisch erfolgreich sei Marx doch erst durch andere, hauptsächlich durch ihn, Bebel, geworden. Und sonst seien die Juden politisch doch allesamt völlig unbegabt. Geradezu absurd kam ihm der Zionismus vor. Seine Absicht müsse schon deshalb scheitern, weil sich unter Juden nie ein Staatsmann von Format finden werde.

„Und Disraeli? Und Crémieux? Und Gambetta?“ riefen einige dazwischen. Disraeli liess Bleibtreu gelten. Er mache aber eine absolute Ausnahme. Die beiden anderen wären Mittelmasigkeiten gewesen; Gambetta wahrscheinlich nur eine aufgeblasene Null. Bebel ging über diese Einschaltungen hinweg. Er wollte Bleibtrens Frage beantworten.

„Was man den Juden politisch verdanke? Sie haben Volksführer, Volkslehrer im idealsten Sinne hervorgebracht. Man hat Könige, Kaiser, Tyrannen, Diktatoren, Präsidenten, Kanzler gehabt, gute, schlechte, aber wie Volksführer sein sollen, das haben zuerst Juden und Griechen gezeigt.“

Bleibtreu wollte das näher erklärt haben. Wir anderen verstanden Bebel auch nicht so, dass wir seine Belehrungen auf politisch-historische Ereignisse beziehen konnten.

„Anstatt langer Auseinandersetzungen, nenne ich den Namen Moses.“

„Bisschen lange her“, murrte Bleibtreu.

„Und doch für alle Zeit vorbildlich als Volksführer. Vom Legendarischen an ihm können wir dabei absehen. Ein Volkserzieher ohnegleichen war er.“

Bebel berief sich auf einen Ausspruch Lassalles. Ein politischer Reformator müsse vor allem verstehen, die Masse zum Bewusstsein ihrer abänderungsbedürftigen Lage zu bringen. Das habe Moses grossartig verstanden bei schwierigsten Verhältnissen.

„Sie kennen Schillers Abhandlung über die „Sendung Moses“?“

„Selbstverständlich“, erwiderte Bleibtreu. „Ich halte Schiller für den besten Prosaiker der deutschen Sprache und habe jedes Wort seiner Abhandlungen gelesen.“

„Dann werden Sie wissen, wie hoch ihn Schiller gerade deshalb einschätzt. 100 Jahre pharaonische Knechtschaft in Ägypten, das bedeutete die Ausmerzang alles Verständnisses für rechtliche Ansprüche. Schiller hat sehr lange vor Nietzsches über Sklavenmoral Bescheid gewusst und in diesem Aufsatz zeigt er, wie sie sich bei den Juden von damals äusserte. Tugend, Ehre, Pflicht im ei-

gentlichen Menschensinne gibt es einfach nicht. Alles ersetzt sich da, identifiziert sich da mit Gehorsam. Es ist ein Erbstück für sie, dass sie versklavt sind. Auflehnung ist Sünde, beschwört den Fluch der Väter. Von dieser Umnachtung hat Moses sie befreit. Eine erhabene Epoche in der Weltgeschichte. Befreiung, Freiheit fängt an, bei den Massen ein Wert, nicht eine Sünde, ein ritierliches Gut, nicht eine Schändlichkeit zu sein.“

Bleibtreu gab das zu, aber für einen Staatsmann, einen Volksführer grossen Formats lange das noch nicht.

„Gewiss nicht. Und nun kommt das Grösste bei Moses; seine Autorität ohne äussere Gewalt. Er verfügt nicht über Soldaten, Richter, Polizisten, die Juden folgen ihm. Als sich später die Anfänge eines Staatsgebildes entwickelten, ist es fast seine erste Sorge, die Kompetenzen bei niemand, auch bei ihm selber nicht, gross werden zu lassen. Gewiss, er denkt, der Kulturstufe entsprechend, theokratisch, alles mit Bezug auf seinen Gott, aber praktisch blieb er doch bei dem Grundsatz: meide äussere Gewalt, erziehe, indem du zur Besinnung, zur Vernunft aufrufst. Berater, Lehrer, nicht Herrscher!“

Bleibtreu konnte dagegen nichts einwenden, aber der Antisemit in ihm wollte wenigstens haben, dass nicht Juden das allein vollbracht haben. Er erinnerte Bebel, dass er diese Befähigungen auch griechischen Persönlichkeiten zuerkannt habe. Wem also?

„Sokrates. Hier erscheint der Erzieher in erhabenster Gestalt. Sokrates verzichtet sogar auf den supranaturalen Beistand. Man braucht nicht Götter, um sittlich zu handeln oder vernünftig zu sein. Moral und Vernunft sind selbstherrlich. Nach ihren Normen solle der Staat regiert werden, das Gesellschaftsleben sich abspielen.“

Es sei übrigens, fügte Bebel hinzu, kein Wunder, dass Schiller, der Kantianer, Moses so bewundert habe. Im Grunde lassen ja auch Kant und seine Schüler nur den als Volksführer, wie sie sagen, als „praeceptor Germaniae“ gelten, der das Volk zur Aufklärung erzieht, indem er den Individuen Mut macht, sich ihres Verstandes zu bedienen. Ueberdenke selbst, was immer dich angeht.

„Schöne Vorsätze“, sagte Bleibtreu. „nur möchte ich gern den Partei- oder Volksführer sehen, der danach handelt. Die Masse will nicht viel nachdenken,

genauer gesagt, die blosse Masse bilden. Einzelnen wollen, ausserhalb ihrer Alltagsangelegenheiten, nicht viel nachdenken; sie wollen bewundern: den Mann, die Leistung, den Erfolg. Wer ihr gar zu viel Hirnarbeit zumutet, den schiebt sie in die Studierstube.“

Bebel gab zu, dass in der Neigung der Masse, Götzendienerei zu treiben, eine Gefahr liege.

Bleibtreu wurde ironisch.

„Ich habe oft die Ehre gehabt, lieber Bebel, mit Ihnen in Berlin und München spazieren zu gehen. Es war ja immer dasselbe. Man flüsterte sich zu: da geht der Bebel, Gaffer standen herum, Arbeiter grüssten, wichen ehrfurchtscheu aus; ich hatte immer Lust, „Faust“ zu zitieren: „Ein wenig fehlt, so beugten sie die Knie, als käm das Venerabile“. Nun, das ist auch Autorität, aber nehmen Sie mir nicht übel, auf Ihre Moses-, Sokrates-Kantsche Methode haben Sie die Autorität nicht erlangt. Man kann sich denken, wie Ihre Anhänger zu politischen Dingen Stellung nehmen. Der Bebel hat das gesagt; Bebel will es so; warten wir ab, was Bebel für Parolen ausgeben wird. Roma locuta est. Immer dasselbe, ob Mittelalter oder Gegenwart, Kirchenfrage oder soziale Frage neuzeitlichen Stils. Suggestion und Illusion machen den Mann des Volkes, ihren Erzieher. Und das ist gar nicht so weit entfernt von Zwangsmitteln, wie Sie denken. Man hat ja gar keinen Grund, auf Monarchen mitleidig zu herabzuschauen, weil sie Gefolgschaft mittels der Suggestion Macht finden.“

Bebel wurde nachdenklich und er sagte gleich warum. Vor kurzem hatte eine Reichstagsdebatte über Soldatenmisshandlungen stattgefunden, und er hatte sich über das „persönliche Regiment“ des Kaisers beschwert, das nach unten im System der schneidigen Leuteschinderei ausmünde. Kriegsminister von Einem war in seiner Erwidernng sehr aggressiv geworden. Disziplin, Autorität, persönliches Regiment müssten überall sein, wo aus Masse Gebilde werden solle: im Heer, in der Verwaltung, in der Partei; nirgends trete dieses verfeimte Regiment so schroff auf wie, dank Bebel, in der sozialdemokratischen Partei. Der Kriegsminister hatte seine Rede so beschlossen: „Danken Sie dem deutschen Heer, dass es Ihnen so gehorsamsbereite Männer zur Verfügung stellt, wenn sie zu Ihrer Partei kommen.“

Herr Polizeikommissar!

Kleine Erinnerung an August Bebel

Jeder ältere Sozialdemokrat besitzt eine Erinnerung, die ihn zeitlebens nicht lässt: die erste Begegnung mit August Bebel. Es gab in der Vorkriegszeit noch keine propagandistische Instrumentierung der Massenpsychologie, und die Liebe zum politischen Führer war überdeckt von der Sachlichkeit und der Wahrhaftigkeit vor den Tatsachen, die den Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung kennzeichneten. Ein wenig mehr Sinn für die „unpolitischen“, gefühlsempfindlichen Elemente des Menschenwesens hätte übrigens nichts geschadet.

Aber vor August Bebel war das von Grund auf anders. Respekt und Liebe wurden ihm in so reichem Masse entgegengebracht, dass jede Versammlung mit ihm als Redner auf die natürlichste Weise die Heinesche Sentenz verwirklichte: „Schwert und Flamme“, vereint in einem einzigen Menschen.

Es war im Reichstagswahlkampf 1903. Es ging überwiegend um Zolltarif und Wirtschaftspolitik. Im alten Breslauer Gewerkschaftshaus auf der Margaretenstrasse sollte August Bebel sprechen. Das Gestühl des Saales war ausgeräumt. Man stand Kopf an Kopf in den Gängen und vor den Türen, reckte die Hälse und spitzte die

Ohren. Der kleine Mann mit der grauen Haarsträhne, die über die Stirne wehte, die seltsam helle und durchdringende Stimme: 35 Jahre können den Augenblick nicht verlöschen, als er zunächst die starke polizeiliche Ueberwachung auf dem Podium — ein schneidiger Kommissar und drei Wachtmeister — mit einer freundlich-ironischen Geste willkommen hiess. „Passen Sie gut auf, Herr Polizeikommissar! Ich habe heute allerhand zu sagen!“ Während der Angeredete nervös auf seinem Stuhle hin und her rückte, jubelte die Versammlung.

Zunächst ging alles gut. August Bebel griff die Rechte an und attackierte die in Breslau starken Freisinnigen. Er faszinierte weniger durch pathetische Wortschwellungen, als durch eindringliche Gruppierung der Zahlen und der Tatsachen. Dann aber hob sich seine Stimme zu leidenschaftlicher Anklage gegen die politische und soziale Unterdrückungspraxis der „Herrschenden und Regierenden.“

In diesem Augenblick stand der Kommissar auf und unterbrach den Redner: „Herr Bebel, ich kann diesen Ton nicht länger zulassen. Mit diesen Angriffen auf die Regierung verstoßen Sie andauernd gegen die Aufreizungsparagraphen des

Von seinem Standpunkt, meinte Bleibtreu, hätte der Kriegsminister recht.

„Vielleicht; für meinen Bereich hat er unrecht. Sie und Herr von Einem verwechseln Parteiführer mit Parteiherrscher. Der Parteytyrann braucht Suggestion und muss Illusionen wecken. Er darf nicht zur Denkbereitschaft erziehen, all das schadet der Faszination. Uebrigens hat Heine diesen Typ von Parteidiktatoren schon in der Pariser Emigration angetroffen und der ist ihm sehr auf die Nerven gegangen. Heine hat durchaus recht: in Wirklichkeit ist der Parteyherrscher nur der Diener der Masse. Er ist ja nur solange ihr Liebling, wie er sich ihren Launen und Aufregungsbedürfnissen fügt. Der Partei- und Volksführer muss mit Strenge darauf hinwirken, dass seine Gefolgschaft nicht bloss gehorcht und gläubig aufnimmt, sondern prüft und verarbeitet. Unterlässt er das, so ist er auch nur ein Drillmeister und nicht mehr wert als die Zuchtmeister im Heer und in der Schule.“

„Demnach hat also der Partei- und Volksführer zu sorgen, dass ihm seine Popularität nicht über den Kopf wächst.“

„Sehr wohl!“

Bleibtreu fragte, wer das fertig bringe, wo dieser Partei- und Volksführer zu finden sei. Darauf gestattete sich Bebel eine pathetische Abfertigung, zu der er im Bekanntenkreis selten seine Zuflucht nahm:

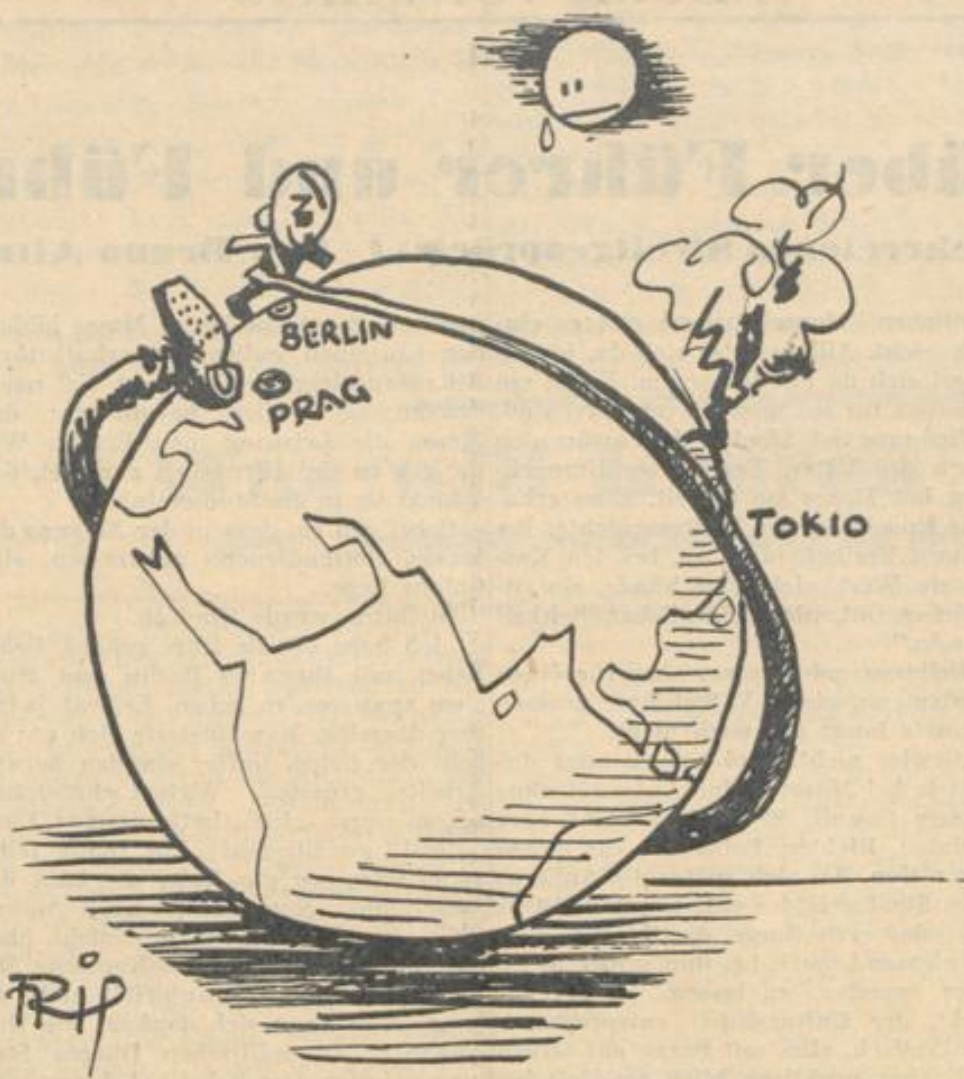
„Das möchte ich mir selbst nachsagen dürfen. Auf Wort und Ehre, ich war nie froh, wenn Genossen mich ihres bedingungslosen Vertrauens versicherten, wenn sie mir sagten, ich werde das schon wissen, ich müsste das besser verstehen und dergleichen. An diesen Leuten, sagte ich mir immer, ist schon etwas verdorben worden. Wenn aber Genossen mir mitteilten, wie meine Belehrungen, Empfehlungen, Massnahmen zu ihren Erfahrungen stimmten, ihre Ansichten befestigt, geklärt hätten und mir sachlich ihre Standpunkte darlegten, dass ich die Gewissheit hatte, hier ist Ueberzeugung erkämpft worden, dann bin ich froh und stolz gewesen. Jene waren sozusagen Parteisoldaten, diese Parteigenossen. Ich will nicht mein langes Leben gegen den Kadavergehorsam gekämpft haben, um ihn schliesslich in die Partei einzuschmuggeln.“

Strafgesetzbuches. Wenn Sie sich nicht müssigen, muss ich die Versammlung auflösen.“

Erst Totenstille — dann ging ein einziger Schrei durch, die Versammlung, während der Kommissar blossen Angesichts an seinen Degengriff fasste. August Bebel hob die Hand, alles wurde mit einem Male ruhig. Dann sagte er: „Herr Polizeikommissar! Sie befinden sich in einem Irrtum. Die fraglichen Paragraphen sprechen von der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander. Wenn Sie die Herrschenden und Regierenden in Deutschland und in Preussen für Klassen halten, so unterstellen Sie damit als richtig, was wir Sozialdemokraten immer sagen, dass die deutsche Arbeiterschaft nicht einem über den Klassen stehenden Staat gegenübersteht, sondern einem Klassenregiment. Damit wird Ihre vorgesezte Behörde aber garnicht zufrieden sein.“

August Bebel hatte aus seinen zahlreichen Hochverrats- und Aufreizungsprozessen eine so genaue Kenntnis der strafrechtlichen Details, dass er den eifrigen Polizeikommissar mühelos aus dem Sattel zu heben vermochte. Die Wirkung seiner Antwort war unbeschreiblich. Während die Versammlung dem geliebten Sprecher eine Ovation von südlicher Glut dar-

Hitler schreitet über Tokio nach Prag



brachte, vermischt mit ein wenig Scham- freude an die Adresse des Kommissars, verwandelte sich dessen Blässe in ein jähes Rot, als ob er in Zornesüberschwang irgendetwas unternehmen wollte. Doch überlegte er sich's und setzte sich wieder zu seinen Wachtmeistern auf den Stuhl vor seinen Notizblock. Er war fortan nur noch ein stummer Gast. Er liess es, für das damalige Breslau unerhört, sogar zu, dass einige Hunderte sich draussen aufstellten, um August Bebel ihre Abschiedsgrüsse zuzurufen.

Am Vormittag war er mit einigen Freunden am Grabe Lassalles auf dem Breslauer Friedhof: „Hier ruht, was sterblich war an Lassalle, den Denker und Kämpfer.“ Die Welt zwischen August Bebel und uns hat sich stärker gewandelt als diejenige zwischen Lassalle und Bebel. Aber die Empfindungen der Dankbarkeit und der Wehmut aller deutschen Sozialdemokraten überbrücken an seinem Züricher Grabmal den Wandel der Geschichte. Keiner hat grössere Anforderungen an andere gestellt als August Bebel, aber zugleich auch an sich selber: ein zeitlos gültiges Beispiel. G. B.

Schlechtes Gewissen Seyss-Inquart freut sich nicht

Die in Deutschland abgespielte Ausstellung „Der ewige Jude“ ist nunmehr nach Wien verfrachtet worden. Seyss-Inquart, der das Reden in den letzten Wochen gern den „Gästen aus dem Altreich“ überlassen hat, musste bei diesem Anlass eine Ansprache halten. Wie er sich seiner Aufgabe entledigt hat, verdient beachtet zu werden. Laut „Neue Freie Presse“, Wien, (Nr. 26544) sagte er:

„Wenn wir die Räume durchschreiten und die Bilder der Vergangenheit an den Wänden sehen, so wird uns vor allem eines klar werden: was an Niedrigkeiten und Schwächen im eigenen Volk durch das Judentum aufgerufen und was alles durch den Nationalsozialismus überwunden wurde! Es ist gut und nützlich, an diese Zeit erinnert zu werden, denn unser Gedächtnis, auch unser politisches Gedächtnis, ist kurz.“

Nach dem unvermeidlichen Hinweis auf die „unüberbrückbaren Gegensätze zwischen jüdischer und arischer Wesensart“ fuhr Seyss-Inquart fort:

„Jeder Versuch, sich über diese Gegensätze hinwegzutäuschen, würde zu Katastrophen im einzelnen wie im Volksleben führen, denn schliesslich bricht der aufgestaute und zusammengeballte Widerstand doch einmal durch und vernichtet letzten Endes Werte.“

„Letzten Endes“ ist ein neudeutsches Modewort und besagt garnichts. Aber man denke sich dieses Garnichts aus dem oben zitierten Satz weg. „... und vernichtet Werte“. Welches Geständnis ist dem Steigbügel- und Statthalter des deutschen Rassenismus hier entfahren. Und dem Geständnis folgt auf dem Fusse die Selbstverteidigung:

„Der Nationalsozialismus vernichtet nicht und er zerstört nicht... Es handelt sich uns nicht darum, jüdische Menschen und jüdische Familien in irgendein materielles Unglück zu stürzen. Uns geht es darum, das jüdische Wesen aus

unserem Volkskörper in jeder Beziehung auszuschneiden. Und wenn dieser unerbittliche Weg im einzelnen mit Härten verbunden ist, so wünschen wir diese Härten nicht und freuen uns nicht darüber, wir weichen ihnen aber auch nicht aus, dann wir wissen dass wir hier unserem Schicksal und dem Gebot dieser Zeit folgen und folgen müssen. Diese unsere Generation ist berufen, unter der Führung Adolf Hitlers anzutreten, um den Kampf für die kommenden Generationen auszutragen.“

Es ist in der letzten Zeit um den Deutschböhmen Seyss-Inquart viel herumgerätselt worden. Man wusste, dass er sich in Berlin über die Erobererallüren der preussischen Partei-Besatzungsoffiziere beklagt hat, man wusste, dass er höhnisch zurückgewiesen und trotzdem gehalten wurde, um die Verärgerung in Wien nicht noch mehr zu steigern. Was man nicht wusste, war, wie sehr diesem Manne schon heute, nach wenigen Monaten brauner Herrschaft, vor dem Geiste graut, den er selber rufen half.

In Wien rast der pöbelhafteste Antisemitismus, der selbst von Deutschen je losgelassen wurde. Seyss-Inquart versichert: „Wir wollen diese Härten nicht und wir freuen uns nicht darüber“, aber am 30. März sagte Goebbels in seiner ersten Wiener Wahlrede in der Nordwestbahnhalde: „Den Juden im Reich geht es gut, viel

zu gut, sodass sie schon wieder anfangen frech zu werden... Wenn man sagt: der Jude ist auch ein Mensch, so liegt darin schon ein klares Misstrauensvotum“.

„Wir wünschen diese Härten nicht und freuen uns nicht darüber“, aber am 28. April las man in der Wiener Ausgabe des „Völkischen Beobachters“:

„Der Wiener meint, es sei am besten, den Juden bis aufs Hemd auszuziehen, wenn er bei seiner Einwanderung überhaupt eines mitgebracht hat, und ihn an irgendeine Grenze zu bringen. Wenn er nicht freiwillig geht, muss man eben ein bisschen nachhelfen. Juden, lasst alle Hoffnung fahren...“

„Wir wünschen diese Härten nicht, und wir freuen uns nicht darüber“, aber durch Wiens Strassen wurden Tage und Wochen lang die sogenannten Putzkolonnen getrieben. Greise wurden bis zum Umsinken maltrotiert. Eine junge Jüdin zwang man, im weissen Hochzeitskleid fünf Stunden lang Stiegen zu scheuern.

„Wir wünschen diese Härten nicht, und wir freuen uns nicht darüber“, aber mehr als hundert burgenländische Juden wurden auf einem schmalen Steindamm mitten in der Donau ausgesetzt, nachdem man sie zuvor aller Habe beraubt hatte. Unter ihnen waren ein 82jähriger Rabbiner, kranke Frauen, mehrere kleine Kinder.

„Wir wünschen diese Härten nicht und wir freuen uns nicht darüber“, aber die Aufschriften „Juda verrecke“, „Judensau“ usw. zieren noch heute österreichische Mauern.

Reichsstatthalter Seyss-Inquart wies alles. Es vollzieht sich dicht vor seinen Augen. Wenn er selbst es „nicht wünscht“ und sich nicht so wie seine Kampfgefährten darüber freut — wie ist ihm dann eigentlich zumute?

„Unsere Generation ist berufen, um den Kampf für die kommenden Generationen auszutragen.“ Oder, wie es kürzlich ein gleichermassen desillusionierter Nationalsozialist ausdrückte: „Unsere Generation muss sich die Hände schmutzig machen“ — Diese alten Kämpfer sind nicht mehr überzeugt von dem, was sie tun, und sie sind zu feige, es zu lassen. Lauwarm im Guten wie im Bösen, haben sie nur noch eine schwache Hoffnung. Die Hoffnung, dass der Erfolg ihre verabscheuenswürdigen Taten in dem — von Seyss-Inquart selbst in seiner Rede angerufenen — „kürzen politischen Gedächtnis der Menschheit“ auslöschen möge.

Reichsstatthalter Seyss-Inquart wird durch seine Erkenntnis nicht entlastet, die üble Rolle, die er im ungleichen Kampf Hitlers gegen Oesterreich spielte und die er heute weiter zu spielen gezwungen ist, wird dadurch nicht abgemildert. Aber Berlin versagt ihm sogar das Recht, der deutschen Öffentlichkeit seine Zweifel in der vorsichtigen Form der obigen Rede bekanntzugeben. Die Wiener Blätter haben diese Rede voreilig gedruckt. Später wurde sie durch den Zensurfilter des Propagandaministeriums geleitet, und in den deutschen Zeitungen des „Altreichs“ war von ihr nur ein Passus übrig geblieben, der entweder nie darin vorkam oder in Wien verschwiegen wurde.

„Reichsstatthalter Dr. Seyss-Inquart betonte in seiner Eröffnungssprache die besondere Bedeutung der Judenfrage für die Stadt Wien und die Ostmark. Jahrelang konnten das Judentum und seine Helfershelfer den Kampf gegen das Deutschtum führen und Wien zu einem der grössten Zentren der Ostjuden machen. Erst durch die Tat des Führers und der Partei wurde die Ostmark wieder frei und wird nunmehr wieder früher ihren Abwehrwillen gegen fremdländische Invasionen bekunden.“

(„Münch. Neuesten Nachr.“ Nr. 213)

Die Schranken der Kritik sind noch enger gezogen, als der Statthalter von Oesterreich, Untergebener des Gauleiters Bürckel, gefürchtet hat. Seyss-Inquart wird sich hüten müssen.

Rohstoffmangel in Metallbetrieben. In den Wiener Metallbetrieben macht sich in wachsendem Masse Rohstoffmangel bemerkbar, der in einigen Fällen bereits zur Unterbrechung der Produktion geführt hat. Die Belegschaften mussten mehrere Stunden mit der Arbeit aussetzen, bis die Rohstoffe wieder eingelangt waren. Unter der Arbeiterschaft wird befürchtet, dass der Rohstoffmangel schliesslich auch zu Entlassungen führen wird. Infolge dieses Umstandes gehen viele Aufträge verloren, da keine Verpflichtung auf einen gesicherten Lieferungstermin übernommen werden kann.

Otto Krille Gruss dem Sechzigjährigen

Am 5. August hat der sozialistische Dichter Otto Krille sein Sechzigstes vollendet. Das etwas aufrechtbare Etikett Arbeiterdichter ist auch ihm aufgeklebt worden. Es stammt aus dem letzten Jahrzehnt der Vorkriegszeit, als aus der Welt der Arbeit jene Jungen auftauchten, die in poetischer Art von Not und Sehnen, Lieben und Hassen, Schaffen und Hoffen des Proletariats sangen. Zu ihnen gehörte Otto Krille. Er ist sogar einer ihrer Vorläufer und Wegebahner. Die beste deutsche Lyrik nach 1900, die der Arno Holz, Dehmel, Liliencron, hatte sommerliche Reife und Süsse erreicht, ohne schwachherzig zu sein, und es war falsch, junge Proletarietdichtung an dieser Reife zu messen. Denn das Neue, Eigenwüchsige an ihr war: aus proletarischer Tiefe stieg ein lyrisches Sehnen auf, dass von dieser Tiefe in einfachen, aber gültigen Rhythmen kündete und Gradmesser für die in der Arbeiterschaft sich regenden Kulturkräfte war. Krille gehört zu den ersten und kräftigen Zeugen dieser jungen sozialistischen Kultur. Unter seinen Gedichten mehrten sich jene, die vom herkömmlichen billigen Kampfpoeem und Fanfarenstoss los kamen und besinnlicheren Stimmungen der Arbeiterwelt nachgingen. Wer guten Willens ist, kann an Krilles Jugendgedichten erleben, wie im jungen Arbeiter der Schönheitsdrang erwacht, wie er, zwischen den Schlachten, in vergeistigte Gefilde strebt.

Dieses Sehnen brachte er aus einer wenig von Sonne beschienenen Kinderzeit mit. In Sachsen als Sohn eines Maurers geboren, kam er schon mit zwölf Jahren in eine

königlich-sächsische Soldatenschule und war glücklich, als er dem Drill mit siebzehn Jahren den Rücken kehren konnte. Sein Arbeiterleben beginnt, wirbelt ihn durch einige Berufe, bis ihm ein wohlthätiger Mensch die Möglichkeit gibt, ein Jahr lang an der Humboldt-Akademie und der Neuen Freien Hochschule in Berlin zu lernen. Die ersten Gedichtbände erscheinen. Er wird Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen, versucht sich in dramatischen Wüfen, bringt die Geschichte seiner Jugend heraus.

Der Weltkrieg unterbricht sein Schaffen. Nur wenige Gedichte fallen in diese Periode. Er wurde still in einer Zeit, in der andere Lyriker von sich reden machten. Die einen, indem sie Verteidigungswillen bedichteten, die anderen, indem sie defätistisch klagten und den Kriegsgott täglich dreimal frassen, wie die Lämpchen Johst und Bartel, die Hitlerbarden von heute. Kriegsbeschädigt, von einem Nervenleiden gepeinigt, so schied Krille im Dezember 1918 aus der deutschen Armee, schlug sich recht und schlecht durch, wurde später Gaussekretär des Reichsbanners für Oberbayern, schrieb für die sozialistische Presse. Zwischen durch entstanden Gedichte, Novellen, Skizzen, ein Kinderbuch.

Im Laufe seines Schaffens tritt die laut kämpferische Note mehr und mehr hinter Träumendem, Sucherischem, Abgeklärtem zurück. Er wurde „Wanderer im Zwielicht“, wie der Titel seines 1936 im Verlag Oprecht erschienen, reifsten Gedichtbandes lautet. Heute lebt er in schweizerischem Exil, ausgebürgert von einem System, das nur Mameluken brauchen kann. Ist auch sein Dichten schwermütiger geworden, so hat seine breite, kräftige Natur doch nichts von ihrem Kämpferwil-

len eingebüsst. Manches in grossem Entwurf Begonnene harrt der Vollendung, und wir wünschen unserem Genossen, dass ihm die politische Beugung des Exils nicht zur Hemmung werden möge. Toll ist diese Zeit und voll unerhörter, zerschmetternder, irrsinniger Widersprüche. Höchste Aufgabe des Dichters unserer Tage: das Anklitz unserer Jahrzehnte in Trotz und Zorn gestalten zu helfen, in Traum oder Aufruf die Stimme der Wahrheit und menschlicherer Zukunft zu sein.

Otto Krille gehört zu den Berufenen. Auf einem Scheitelpunkte seines Lebens wissen wir in diesen Tagen einem Dichter als Gruss nichts Stärkeres zu sagen. rg.

Der Reisemarschall Gold, Edelsteine und Gestapo

„Schon bei Lebzeiten ist der Generalfeldmarschall zur mythischen Gestalt geworden...“

In den letzten Jahren des Gulsherrn von Neudeck gehörte dieser Satz zum eisernen Phrasenbestand jeglichen patriotischen Leitartiklers.

Neulich las ich ihn wieder. Nicht in einer alten, angegliederten Zeitung, sondern in einem nagelneuen frisch von der Goebbelsrotation ausgespienen Presseprodukt, made in Germany 1938. Das Mythenangebot des zwanzigsten, sehr sonderbaren Jahrhunderts übersteigt bei weitem das Mass aller Nachfrage. Und so bezog denn jener aus der Hindenburgzeit geerbte Klischeesatz sich nunmehr nicht auf den Strategen von Tannenberg (der nur selten noch erwähnt werden darf), sondern auf den des Reichstagsbrandes, dem auch der Schall des höchsten militärischen

Würdentitels nicht mehr genügt, weshalb er sich kurzerhand zum Generalfeldmarschall und zu Allvater Wotans irdischem Statthalter ernennen liess.

Dickleibig und ordenbehängt wandelt Mythos Göring leibhaftig, Gemütlichkeit mimend, Kinder tätscheln und Menschenleben zertretend, durch eine Zeit, die bemüht ist, seiner würdig zu sein. Durch läppisch-eitles Gebaren — halb Natur, halb gar bewusste Mache — glaubt er den Hass und das Grauen des Volkes in spießbürgerliche Erheiterung umzubiegen. Er kennt das Volk nicht, das da Göringwitze flüstert, — nur um sich selbst über Qual, Schmach und Angst der Göringzeit hinwegzuhelfen.

Jüngst war er in Dänemark. Die skandinavische Zeitung „Nya Dagligt Allehand“ schildert Görings Ankunft in Nyborg:

„Mit Windeseile verbreitete sich in Nyborg das Gerücht von Görings Ankunft. Um 19 Uhr war der Hafen schwarz von Neugierigen. Als seine Yacht auftauchte, sah man Göring auf Deck stehen in einem neuen schneeweissen Seglerkostüm, den Dolch an der Seite und mit einer Schärpe geschmückt, die von Gold, Diamanten und Rubinen nur so funkelte... Später bei der Abfahrt stand Göring wieder auf Deck, die Hände auf den breiten Hüften und die Diamanten und Rubine funkelten und blitzten im Sonnenuntergang...“

War es wirklich nur die scheidende Abendsonne, waren es wirklich nur die roten Rubine des dahinsieglenden mit Raffinesse geschmückten Oberhenkers, die das Bild in so rote Glut tauchten? Oder kam der Schein vom roten Blut der Gemordeten her, das an den Händen des mythischen Jahrmarschalls klebt?

Göring segelte nach Kopenhagen weiter

Tatgemeinschaft der Jugend

Ein kleines schweizerisches Beispiel — giltig für das grosse Deutschland?

Aus den schweizerischen Blättern erfährt man jüngst von einer seltsamen politischen Neugründung in Zürich — seltsam freilich nur, wenn man sie mit den Massstäben politisch-organisatorischer Gewohnheit misst. Unter dem Namen „Tatgemeinschaft“ hat sich eine mehrere tausend Köpfe umfassende Eidgenossenschaft junger Menschen zusammengefunden: Jungsozialisten, Jungkatholiken und Jungliberale, mit dem Bekenntnis und der Erkenntnis „der Notwendigkeit und der Bereitschaft der Verteidigung der Freiheit der Persönlichkeit und der Familie aus göttlichem Naturrecht, der unverletzlichen Heiligkeit des Rechtes im privaten, öffentlichen und zwischenvölkischen Leben, unter Ablehnung jeglicher Ueberlegenheit und Bevorzugung einer Rasse gegenüber der andern.“ Die Zürcher Jugend ruft die Gleichaltrigen des ganzen Landes zum Anschluss an ihre Gemeinschaft auf und beginnt gleich mit politischer Praxis. Sie verlangt die Reinigung der Kioske und Buchläden von „geistiger Fremdware“, womit das faschistische und widerdemokratische Schrifttum aller Grade gemeint ist. In einer Kundgebung der „Schweizerischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ trat die Tatgemeinschaft zum ersten Male mit solchem Erfolge vor die Öffentlichkeit, dass der vorgesehene Redner zur Entfaltung seiner Manuskriptmappe erst garnicht kam.

Man könnte sagen: welch eine insulare Miniatur-Angelegenheit, ohne Bedeutung im grossen Strome der europäischen Auseinandersetzungen und der Fakten ihrer Realpolitik! Die demokratischen Schweizer sind anderer Meinung. Sie weisen auf die wachsende Bedrohung ihres Landes hin, gesteigert durch Oesterreichs Eroberung durch das Dritte Reich. Sie sehen in diesem intuitiv entstandenen Jugendangebot verschiedener weltanschaulicher Richtungen eine Sicherung dafür, dass man ihnen ihre politische Freiheit nicht eines Tages durch den Missbrauch dieser Freiheit entzieht.

Aber ein grosses Blatt (Basler „National-Zeitung“) geht noch weiter. Es beschäftigt sich mit dem Schicksal der Nachbarländer und mit dem eigenen und sagt, dass die „Alten“ zu verbohrt gewesen seien und noch seien, um eine solche Tat zu wagen:

„Wenn in Oesterreich die sozialdemokratische und klerikale Jugend rechtzeitig in eine solche Tatgemeinschaft eingetreten wäre, so stände heute an unserer östlichen Grenze noch ein freies Volk. An der Auseinanderklaffung der zwei Gegensätze Sozialismus und Klerikalismus ging der österreichische Bundesstaat zugrunde.“

Diese Auffassung erweitert das Blatt zu folgender Konzeption:

An dem Tage, da der Vikar sagt: Halt, keinen Schritt weiter, die sozialdemokratischen Arbeiter sind auf Grund des Bundesbriefes, den Christi Blut besiegelte, meine Brüder, ich bin in verschiedenen nicht ihrer Ansicht, aber ich lasse

ihnen nichts geschehn, auch in Worten nichts: an dem Tage wird auch der Arbeiter und Gewerkschaftssekretär zu den Seinen sagen — Halt, keinen Schritt weiter. Die da aufs Evangelium sich berufen, nehmen damit es praktisch ernst, somit müssen es Sozialisten sein. Sie schöpfen den Sozialismus aus andern Quellen. Verstehen wir sie nicht in allem, sie haben es dazu gebracht, uns zu lieben. Also lieben wir auch sie.“

Aus den Reihen der wenig einflussreichen religiösen Sozialisten im republikanischen Deutschland sind solche Anrufe häufig gekommen. Der Hinweis auf das österreichische Schicksal beweist, dass die Probleme zwischen Katholizismus und Sozialismus in jeder Phase künftiger politischer Entwicklungen immer wieder auftauchen werden. Die österreichische Kirchenhierarchie, weltanschaulich um einige Grade versteinter und sozialreaktionärer als die deutsche, hat mitgeholfen, dem freibeitlichen Oesterreich bereits vier Jahre vor Hitlers Einmarsch durch die blutige Unterdrückung der Sozialdemokratie den Tod zu bereiten. Sie lenkte die Kanonen von Ottakring.

Wäre eine „rechtzeitige“ Verständigung sozialdemokratischer und klerikaler Jugend in stande gewesen, wie das schweizerische Blatt meint, das österreichische Verhängnis aufzuhalten? Wir bezweifeln es. Für die Kirche ist diejenige Frage, auf die es ankommt, nämlich die der politischen Demokratie als notwendiges Lebensprinzip der Völker und der Länder, eine Frage faktischer Erwägungen und keine religiöse Gesinnungsgrundlage echten Christentums. Der Aufstieg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war in Deutschland wie in Oesterreich von Anfang an begleitet von der offenen Feindseligkeit der Kirche. Sie beantwortete die Haltung der Kirche weitgehend durch Areligiösität und Freidenkertum — was bei vielen nur enttäuschte Liebe zum Glauben war. Auf der andern Seite? Es gab in den letzten Jahren der Republik eine Handvoll junger katholischer Vikare, die aus religiöser Verantwortung Beziehungen zu sozialistischen Menschen suchten und den Sozialismus religiös begründeten. Nach kurzer Zeit wurden sie aus dem Zentrum ihrer Diözese verwarnet und strafversetzt.

Aber wichtiger als jede Rückwärtsbetrachtung ist die Frage, ob das Zürcher Beispiel einer Tatgemeinschaft der Jugend gestaltet werden könnte. Wir wissen wenig von der deutschen Jugend. Sicher ist nur, dass neben der nationalsozialistischen Faszination in Kreisen, aus denen nur gelegentlich ein Strahl in die Aussenwelt dringt, eine andere Vision der Zukunft vorhanden ist — eine Vision der geistigen und politischen Freiheit im leidenschaftlichen Verlangen, nicht bloss Staatsjugend, sondern der Menschheit und der Menschlichkeit zugehörigen Jugend zu sein.

Aber auch damit ist noch wenig gesagt. Dieser verborgene Teil der deutschen Jugend ist atomisiert, ohne konstruktive und

einheitliche Gedanken im Widerstande wie im Umgestaltungswillen. Es ist, wie es unter diesem Regime nicht anders sein kann, mehr Notschrei als Bekennterum, und von einer „Opposition“ zu reden, wäre vermessend. Die Jugend von 1933, die damals anfang, politisch zu denken und Partei zu nehmen, ist heute nicht mehr „Jugend“, mit immer mehr versinkenden Erinnerungen nach den Umwertungen aller Werte und dem tiefgehenden politischen sozialen und kulturellen Strukturwandel dieser fünf Jahre unter Hitler. Die Nachgerückten aber wissen nichts anderes mehr als von Befehlsempfang und Gehorsam! Was man nie besass, die individuelle Freiheit im Bereich des Denkens und die persönliche Unabhängigkeit in der Gesinnungs- und Gruppenbildung, ist gegenwärtig für Millionen junger deutscher Menschen nicht einmal mehr als Begriff existent.

Es wäre also — wie leicht ist das niedergeschrieben! — die erste Aufgabe, die ursprüngliche und urwüchsige Verbindung zwischen Jugend, Freiheitsbewusstsein und Freiheitsverlangen wieder möglich zu machen. Unter der Diktatur ist diese Aufgabe bereits revolutionärer Natur, da sie die Machtposition an der Wurzel gefährdet. Unmöglich, heute zu sagen, wann eine solche Situation geschichtlich gegeben wäre. Aber jeder Umschwung wird mit der Jugend im Bunde sein oder er wird nicht sein. Die Wortführer des Dritten Reiches lassen erkennen, dass sie eine Rebellion der Jugend weniger am Rande ihrer „Volksgemeinschaft“, sondern in den Reihen ihrer scheinbar Allergetreuesten beschwören müssen. Das ist ein gutes Zeichen. In der Jugend bleiben bei aller gewaltsamen Disziplinierung die Sprengkräfte einer Gesinnungswende gefährlich latent.

Sie werden ihre zerstörerischen Wirkungen aber nicht nur dem Nationalsozialismus in allen seinen Lebensformen gegenüber entfalten. Die Schau einer neuen Zukunft wird alle Beziehungen zwischen den Menschen und die von ihnen geschaffenen Institutionen vor revolutionäre Entscheidungen stellen. Von der Jugend, die der Hauptträger dieser Auseinandersetzungen sein wird, darf man keinen gläubigen Respekt vor den Weltanschauungen und Parteien verlangen, die das Gesellschaftsbild im demokratischen Deutschland gliederten und formten. Sie wird wegen der Vergangenheit nicht mehr mit ihnen rechnen, aber neue Gegenwartsaufgaben vor sie stellen, — Aufgaben von unvorstellbarer und geschichtlich vorbildloser Grösse.

Wird es, im althergebrachten Sinne überhaupt noch eine „sozialistische“, „katholische“ und „liberale“ Jugend geben, die sich in den Ablauf eines neuen deutschen Werdens einschaltet? Das Wort „Erlebnis“ ist banal geworden, allzu häufig missbraucht zu psychologischem Verstecken und zur Verantwortungsflucht. Aber jene jungen Deutschen, deren Gesinnungsbildung durch die Qualen und durch die

Opfer unter der Diktatur beeinflusst wurde, werden viele alte Tafeln als für immer zerbrochen ansehen und dort, wo sie noch stehen, leidenschaftlich fragen, ob alte Trennungen und Entzweigungen im Gluthauch einer produktiven Tatgemeinschaft nicht ganz sinnlos geworden sind.

Kein deutscher Sozialdemokrat, wo er auch gegenwärtig „gruppiert“ sein mag, ist so blind, dass er die Fragwürdigkeit vieler Traditionen und Konstruktionen, die die sozialistische Arbeiterbewegung begleitet haben, vor den kommenden Zeitaufgaben nicht sieht. Wer die reale Welt umgestalten will, kann den Ewigkeitszug der Sachen und der Gestalten nicht anerkennen. Aber an jeder entscheidenden Wecke gibt es immer die einfache und unumgängliche Gewissensfrage: das Bekenntnis zur Freiheit und zur Menschenwürde als Wesensmerkmal des Sozialismus.

In diesem Bekenntnis ist der Sozialismus an die Zeit gänzlich ungebunden. Vor dieser Entscheidung gibt es nur Treue oder Preisgabe. Darin kann der demokratische Sozialismus nicht „altern“, und die Sozialdemokratie, betraut mit der Aufgabe der Neugestaltung dieser Gesinnung, gleich welcher weltanschaulichen Herkunft, steht mit der Jugend in Tatgemeinschaft.

Andreas Howald.

Die Güte in Person

In der nationalsozialistischen Presse erscheint ein langer Bericht über die umfangreiche Tätigkeit der Kanzlei des Führers. Täglich liefern über tausend Briefe ein, die sich überwiegend mit Gnadensachen befassen. Dabei heisst es:

„Der Führer ist ja, wie er jedem Ausländer als der Erwecker deutscher Kraft erscheint, zugleich auch für jeden Deutschen die personifizierte Güte, die da, wo es recht ist, auch gern Gnade walten lässt. Sie wirkt sich in zehntausenden Fällen nur von Mensch zu Mensch aus, aber sie durchflutet dennoch oder vielleicht gerade deshalb das ganze deutsche Volk.“

Es fehlt der Hinweis, dass diese „Güte selbst“ sich zu keiner Zeit deutlicher offenbarte als am 30. Juni 1934: als die erschossenen und gemeuchelten Freunde reihenweise bezeugten, was für den Führer und für das deutsche Volk „rechts“ geworden ist.

Das braune Netz

Wie „Sunday Chronicle“ mitteilt, ist in Kanada durch den Führer der dortigen konservativen Partei eine umfangreiche, von Deutschland her finanzierte und dirigierte Geheimorganisation aufgedeckt worden, deren Ziel die Nazifizierung des Landes und seine Heraustragung aus dem britischen Imperium ist.

Wie das Blatt hinzufügt, sind Berichte über ähnliche Machenschaften aus Australien, Südafrika und Neuseeland beim englischen Ausussenministerium eingegangen. Der australische Premierminister habe durch seinen Repräsentanten bei Lord Halifax die Notwendigkeit schnellen und energischen Eingreifens betonen lassen.

Über seinen dortigen Aufenthalt schreibt das dänische Regierungsorgan:

„Der preussische Ministerpräsident Hermann Göring hat Kopenhagen besucht. Die dänische Polizei stellte sich selbstverständlich zur Verfügung, um seine kostbare Person zu schützen. Das geschah auf besonderen Wunsch der deutschen Polizei, denn in Dänemark waren zur selben Zeit sieben ausländische Minister, — die Vertreter der Oststaaten, — anwesend, ohne sich von der Polizei beschützen zu lassen und auch der König hat niemals irgendwelche Bewachung bei sich, wenn er seinen täglichen Spaziergang unternimmt oder zu Fuss durch die Strassen promeniert. Herr Göring nahm sein Essen unter Bewachung von fünf Gestapooffizieren und anderen Beamten ein. Kopenhagen behandelte ihn im übrigen mit jener „Unimponiertheit“, mit der es im Lauf der Zeiten alle Berühmtheiten empfangen hat, gleichviel ob es Kaiser oder Filmstars waren.“

Was aber wohl dachte sich Herr Göring selbst, als er Dänemark wieder sah? Was dachte er als Gast in einem freien, demokratischen Lande? Muss es für ihn nicht etwas Seltsames sein, in einem von Sozialdemokraten gelenkten Staat zu weilen? Niemand konnte Herrn Göring seine Gedanken ansehen. Man sah nur die Gestapo-Geleitschwärme. Vielleicht aber hat der Marschall doch gewisse Vergleiche angestellt zwischen dem von Misstrauen und Despotie regierten Deutschland und dem freien nationalen Leben in Dänemark, wo die Polizei nicht einmal mit Revolvern, geschweige denn mit Maschinengewehren ausgerüstet ist, weil ihre Bewaffnung sich einfach als unnötig erwiesen hat.

Göring besichtigte Schloss Kronborg. Ein

Konzentrationslager konnten wir ihm glücklicherweise nicht zeigen.“

Der braune Spiegel Vom kleinen zum grossen Moritz

Der Reichsstellenleiter Helmut Merzdorff besitzt einen Spezialauftrag. Er hat, immer mit der gebotenen Vorsicht, gewisse wundere Stellen der Bewegung aufzustöbern und mit zarter Ironie denen, die es angeht, einen Spiegel vorzuhalten.

Dabei verrät er freilich manchmal mehr, als es sonst im Dritten Reich erlaubt ist. In einem Aufsatz, der durch die nationalsozialistische Presse wandert, glossiert er die zahlreichen Pseudoführer, die „nur dem Scheine nach ihren Aufgaben gerecht werden.“ Das tut er so:

„Da will einer nicht warten, bis er berufen wird. Der kleine Moritz mit seinen Machtkomplexen wird ein grosser Moritz, und das Unglück will es, er lernt zu nächst einmal, nicht vorhandene Fähigkeiten geschickt vorzutäuschen. Einer, der ihn noch nicht genau kennt, fällt auf ihn herein.“

Wie macht das nun Moritz (mit arischer Grossmutter)? Er überzeugt zunächst einmal alle Zeitgenossen in wichtigen Reden von seiner Autorität. Er liebt, sagt Merzdorff, die Untergebenen am meisten, die ihm gern und oft und laut bestätigen, dass er ein ganz besonders tüchtiger Kerl sei. Immer wieder versuche er, die innere Unsicherheit durch umso grössere Sicherheit nach aussen hin wettzumachen.

Aber bald ist Moritz unten durch und merkt nichts. Sein Gefolge lacht ihn hinter seinem Rücken aus. Man arbeitet heim-

lich gegen ihn, bis er eines Tages erledigt ist:

„Durch einen Zufall, einen Fehler, wenn der Minderwertige nicht mehr das Vertrauen seiner Männer besitzt. Dann ist sein Sturz gewiss. Mit eiserner innerer Folgerichtigkeit vollzieht sich sein Schicksal.“

Helmut Merzdorff besitzt, wie man sieht, einiges Gefühl für die psychologischen Probleme zwischen Massen und Führern. Er übersieht nur, dass seine Erkenntnis weit über die mittleren und unteren Instanzen der Partei hinausgreifen kann. Die eiserne innere Folgerichtigkeit eines solchen Sturzes gilt, wie die Geschichte beweist, für die allmächtige Spitze nicht weniger als für den kleineren Mann, der sich seine aufgeplusterte Macht von den Grossen erbogte.

Helmut Merzdorff sieht aber noch andere Typen, die ihm nicht gefallen:

„Die wildgewordenen Ehrgeizlinge, die Tyrannen im Taschenformat, nämlich die peinlichen Bürokraten. Sie sehen nur den Apparat, die Organisation, die Zellen der Ordnung. Sie nehmen geduldig alles hin und führen Anordnungen und Kompetenzen buchstabengemäss durch.“

Vor Entsetzen über diese „Verzerrungen des Führertums“, die er allenthalben beobachtet, macht Helmut Merzdorff sogar eine tiefe Verbeugung vor der Demokratie. Gegen die reine Herrschaft von Menschen über Menschen habe sich, so schreibt er, mit vollem Erfolg das Jahrhundert der Demokraten und des Parlamentarismus gewandt, mit vollem Recht einer Führerordnung gegenüber, die in ihren Rechten nur noch persönliche Vormachtstellung sah.

Aber damit hat sich dieser kleine Demagoge gefährlich vorgewagt. Sofort schreibt

er, dass wir heute dank Hitler das „echte“ Führertum in einer geordneten Organisation des Volkes genossen. Sie müsse selbstverständlich vor „undisziplinierten Kritikern“ geschützt werden, als reinste Ausprägung des Volkswillens.

Wie könnte er anders schreiben? Von der oberen Gnadensonne hat ja Helmut Merzdorff seinen eigenen Führersegen empfangen.

Die Zwangzuschauer

In „Wille und Macht“, dem „Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend“ wird folgender Vorschlag unterbreitet:

„Woher die leeren Theater? ... Nur durch das Ausbleiben des Publikums. Warum wird kein Theaterzwang eingeführt? Kein Schüler würde die Schule besuchen, wenn er nicht müsste. ... Der Theaterzwang würde das ganze Wirtschaftsleben neu beleben. Es ist absolut nicht einerlei, wenn ich sage: Soll ich heute ins Theater gehen? — oder wenn es heisst: Ich muss heute ins Theater gehen. Man hat ja mit der freiwilligen Feuerwehr ebenfalls bittere Erfahrungen gemacht — und nach langer Zeit eingesehen, dass es ohne Pflichtfeuerwehr nicht mehr geht.“

Die Aussichten werden immer netter. Teilweise ist das Theater im Dritten Reich ja schon jetzt auf Zwangsbesucher-Betrieb eingestellt. — „Kraft durch Freude“ usw. — Aber das scheint nicht viel genützt zu haben. Droht jetzt die Einführung der allgemeinen Theaterpflicht? Wird ein Teil des Lohns dem Arbeiter in Form von Eintrittskarten zu den Dramen der Blubodichter ausbezahlt werden? ...

Die faschistische Internationale

Zentrale in Berlin — Sekretariate im Ausland

In den beiden letzten Jahren ist von der Deutschen Arbeitsfront mit Unterstützung der italienischen faschistischen Staats-„Gewerkschaft“ eine internationale faschistische Organisation für anti-gewerkschaftliche Agitation aufgebaut worden. Träger dieser faschistischen Internationale sind offiziell die von den Propaganda-Ministerien in Berlin und Rom geleiteten Organisationen „Kraft durch Freude“ und „Dopo Lavoro“ (Nach der Arbeit). Vor zwei Jahren haben diese Organisationen gemeinsam mit faschistischen und offiziell unpolitischen Organisationen aus verschiedenen anderen Staaten auf einem sogenannten Weltkongress (in Hamburg) ein „Internationales Zentralbüro „Arbeit und Freude““ gegründet. Diese neue Organisation behauptete immer wieder, sie sei eine unpolitische Vereinigung zum Studium von Freizeitfragen. Die Regierungen einiger Staaten glaubten diesen Versicherungen, und Hessen sich auf dem Ende Juni in Rom tagenden 2. Kongress dieser Organisation offiziell vertreten. In Rom hat aber Dr. Ley, Organisationsleiter der deutschen Nazipartei und Generalsekretär des „Internationalen Zentralbüros“ (am 29. Juni) die wirklichen Ziele dieser faschistischen Internationale offen zugegeben: „Was als das Neue in unsere Zeit hineinragt, ist die Tatsache, dass es heute einige Staaten gibt, die diese (Freizeit-)Bewegung bewusst politisch auswerten. Die Staaten, die dies am stärksten tun, sind Italien, Deutschland und Portugal. In allerletzter Zeit sind auch Griechenland, Rumänien und Bulgarien auf diesem Ge-

biet sehr aktiv gewesen... Das ist das Merkmal dieser Weltkongresse in Hamburg und in Rom, dass jetzt zum ersten Mal diese neue Philosophie und Lebensweisheit als kämpferisches und politisches Ziel aufgestellt wird.“

„Der Weltkongress vor zwei Jahren in Hamburg signalisierte und offenbarte sein Wollen als Anti-Komintern in völlig eindeutiger Weise“, erklärte Dr. Ley. „Auch diejenigen Länder, bei denen die Freizeit bisher unpolitisch war, wurden damit gezwungen, sich... in die eben gekennzeichnete Kampflinie zu begeben.“ (Der Angriff, Nr. 155 vom 30. Juni.) — Der Anti-Komintern-Pakt ist das Bündnis Deutschland-Japan-Italien, das Bündnis der Staaten, die durch ihre Flieger spanische und chinesische Kinder und Frauen hinhängen lassen und damit den Totengräbern Arbeit und den faschistischen Kindermördern Freude machen!

Das „Internationale Zentralbüro“ unterstützt die gewerkschaftsfeindliche Agitation der faschistischen Parteien in demokratischen Staaten durch Geld und gewerkschaftsfeindliches Propagandamaterial. Es gibt in Berlin, wie Dr. Ley berichtet, eine sechssprachige reich illustrierte Zeitschrift in einer Auflage von 155 000 Exemplaren. „Es gibt kein Land, in dem sie nicht vertreten wäre“. Eine neue Zeitschrift, „Das neue Protokoll“, soll noch ausgeprägter gewerkschaftsfeindlicher Propaganda dienen und dem Zweck entsprechend aufgemachte „sozialpolitische Situationsberichte aus allen Ländern“ verbreiten.

Die Leitung der faschistischen Internationale bleibt in Berlin. „Das internationale Zentralbüro ist dabei, sich in einer der schönsten Strassen der deutschen Reichshauptstadt ein würdiges Heim zu bauen“. Doch „in vielen Ländern unterhält es eigene Dienststellen (-Sekretariate), wie z. B. in Rom, Athen, Prag und Belgrad“. Der organisatorische Aufbau bleibt locker. Dr. Ley erklärt, dass die Faschisten „nicht den Ehrgeiz haben, eine neue Internationale mit Statuten... ins Leben zu rufen“. Denn die dem Büro als angeblich „unpolitische“ Trachtenvereine und Volkstanzgruppen angeschlossenen Organisationen können so leichter polizeilicher Beobachtung entgehen und können unauffälliger in die faschistische anti-gewerkschaftliche Propaganda eingespannt werden; als öffentlich anerkannte Sektionen der faschistischen Internationale. Die dem „Internationalen Zentralbüro“ angeschlossenen Organisationen sind dem Apparat des Berliner Propagandaministeriums eingegliedert. Sie sollen das ihnen aus Berlin zugehende gewerkschaftsfeindliche Material verbreiten und faschistische Wanderausstellungen organisieren. Die faschistische Internationale will der ersten Wanderausstellung in Athen „fortlaufend“ Ausstellungen dieser Art in allen Ländern folgen lassen“. Die dem „Internationalen Zentralbüro“ angeschlossenen Vereinigungen sollen diese Wanderausstellungen vorbereiten.

Die Arbeiterorganisationen haben also in allen Ländern mit ständigen gewerkschaftsfeindlichen Propagandafeldzügen der faschistischen Internationale zu rechnen.

Ein Volk in Leibesübungen

Vor dem Weltkrieg machte das reichsbildende Buch „Ein Volk in Waffen“, vom Kronprinzen persönlich mit einem Vorwort ausgezeichnet und von allen nachmaligen Heimkriegern glühend propagiert, im Auslande einiges Aufsehen. Diesmal, vor dem nächsten Krieg, kann von einem „Volk in Waffen“ gar keine Rede mehr sein. Das Dritte Reich ist friedlich wie ein Wickelkind, und da auch das offizielle Amtsdeutsch in seiner Unbeholfenheit diesem Lebensalter angepasst wurde, ist neuerdings die Parole ausgegeben worden: „Ein Volk in Leibesübungen“. Wer sich darunter nichts vorzustellen vermag, der lese den Aufruf des Reichssportführers von Tschammer und Osten:

„Der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley hat am 11. Juni 1938 auf meinen Vorschlag den Sportappell der Betriebe verkündet. Ich rufe hiermit alle deutschen Betriebsführer auf, diesen Appell für das Jahr 1938 in der Zeit vom 1. August bis zum 30. September durchzuführen. Der Sportappell soll zu einer machtvollen Kundgebung für den Gedanken der Leibeserziehung werden, er soll auch den letzten, noch abseits stehenden Volksgenossen sportlicher Betätigung zuführen und damit gleichzeitig einen Ueberblick über die körperliche und gesundheitliche Verfassung der Schaffenden geben. Ich bin überzeugt, dass schon die erstmalige Durchführung dieses Appells ein bedeutender Meilenstein auf dem Wege zum hohen Ziel „Ein Volk in Leibesübungen“ sein wird.“

Nun könnte man meinen, das Ganze liefe einfach auf ein Sportfest hinaus, jeder dürfe rudern oder Tennis spielen, Fussball treten, auf den Händen oder auf dem Kopf stehen, ganz wie es ihm beliebt. Aber nein. Gausportwart Fuchs der NSG. „Kraft durch Freude“ in Oberbayern hat in einer Pressebesprechung versichert, dass „Sinn und Zweck“ des Sportappells weit über den „bisherigen Rahmen“ des Tummelns und Entspannens hinausgehe und die Betriebsgemeinschaften zwingt, in „grösstmöglicher Breite zu arbeiten“.

Die „grösstmögliche Breite“ besteht darin, dass zwei Wettbewerbe ausgetragen werden, der „Wettbewerb des guten Willens“, an dem alle Gefolgschaftsmitglieder teilnehmen sollen, die über 18 Jahre alt sind, und der „Wettbewerb der Mannschaft“, den die Betriebe entsprechend ihrer Grösse mit einer bestimmten Anzahl von Mannschaften durchführen müssen. Die Übungen sind genau vorgeschrieben. Beim „Wettbewerb des guten Willens“: Medizinballstossen (6,50 Meter mit 3 Kilogramm-Ball, bzw. 8,50 Meter mit 2 Kilogramm-Ball), Weitspringen (2,80 Meter) und 1000 Meter Dauerlauf in sechs Minuten. Beim „Wettbewerb der Mannschaft“: 8 mal 75 Meter Hürdenlauf, Medizinballstossen und -werfen und 1000-Meter-Mannschaftslauf.

Mit Tennisspielen, Kopf- und Handstehen ist es also nichts, ja dem Beobachter könnte es scheinen, als ob die „grösstmög-

liche Breite“ ziemlich schmal sei und erstaunliches Gewicht gerade auf die Sportarten gelegt würde, die auch für „ein Volk in Waffen“ unentbehrlich sind. Aber diese Betrachtungsweise ist natürlich böswillig, das „Volk in Leibesübungen“ wird nur zu friedlichen Zwecken geschunden. Das zeigt unter anderem ein Aufruf, der in der deutschen Presse den Reichssportführer der SA vorantreibt und in dem es heisst: „Leichtathletische Kämpfe und Rasen-

sportspiele sind nur zielweisende und zielgerichtete Hilfsmittel, um einen hohen Stand der Wehrhaftigkeit zu erzielen. Darüber hinaus aber schwebt unserer SA noch ein höheres Ziel vor. Es ist: die Erhaltung der Wehrhaftigkeit auf dem hohen Stand zu bringen, dass zu jeder Stunde der einzelnen SA-Mann, jeder Deutsche, wenn es der Ernstfall erfordern sollte, auch wirklich einsatzbereit ist.“

Kann man sich eine friedlichere Auffassung der Leibesübungen denken?

Achtung! die „kleinen Treffler“

Wir werden künftig an dieser Stelle eine Anzeigenrubrik: die „kleinen Treffler“ einrichten, die unsere Inserenten mit dem grossen Leserkreis des „Neuen Vorwärts“ in Verbindung bringen wird.

Der „Neue Vorwärts“ wird heute in fast allen Staaten Europas, in Amerika, in Afrika, in Asien gelesen — er ist in mehr als vierzig Ländern der Erde verbreitet. Dieses Verbreitungsgebiet sichert Anzeigen im „Neuen Vorwärts“ grössten Erfolg; es wird auch kleine Anzeigen zu Trefflern machen.

Wollen Sie nicht auch den Versuch machen, mit Hilfe einer kleinen Anzeige Erfolge zu erzielen? Sie suchen Rat, Hilfe, Stellung? Sie wünschen etwas zu verkaufen, zu tauschen, zu erwerben? Sie suchen Verbindungen?

Bedenken Sie: der „Neue Vorwärts“ wird von vielen tausend Menschen — durch gleiche oder verwandte Interessen verbunden — bezogen, die Ihren Wunsch mit Interesse lesen werden.

Der Preis dieser „kleinen Treffler“ ist sehr niedrig angesetzt. Eine Zeile (etwa vierzig Buchstaben!) kostet nur ffr. 5.— bei einmaligem Erscheinen (d. i. für Belgien: bfr. 4.—; Tschechoslowakei: Kc. 4.—; England: d 8; Holland: hfl. —.30; Polen: Zl. 1.—; Schweiz: Fr. —.60). Unseren Lesern, die noch im August ein Inserat aufgeben, gewähren wir einen Rabatt von 10 %.

Bedienen Sie sich bitte des anhängenden Gutscheines. Zahlen Sie den Betrag (je vierzig Buchstaben gleich ffr. 5.— abzüglich 10 %) auf eines unserer Postscheckkonten ein, schneiden Sie den untenstehenden Gutschein aus und senden Sie ihn ausgefüllt an:

NEUER VORWÄRTS
5, Rue Mayran
Paris (IX)

GUTSCHEIN

Ich bitte um Gewährung eines 10%igen Rabatts bei maliger Aufnahme folgenden Inserats:

Name und genaue Adresse:

Ein Tank kaut Drahtverhau

Im zweiten Jahr des Weltkriegs, als die Front im Westen immer mehr zu erstarren drohte und der Schützengraben samt dem Drahtverhau sich immer mehr als Sieger über allen Mut und Todesverachtung erwies, in diesem Jahr 1915 hatte eine Maschinenfabrik in Frankfurt ein sonderbares eisernes Ungetüm nach Plänen des Ingenieurs Anton Flettner gebaut. Dieses Fahrzeug war so konstruiert, dass es, die verderblichen Schützengräben überschreitend, die Reihen der Drahtverhaue automatisch zerschneiden konnte.

Der Drahtverhaue zerschneidende Tank der Felten-Guillaume-Lahmeyer-Werke raselte nach Berlin zur Vorstellung und manövrierte vor einem Kreis von Militärsachverständigen. Diese so kriegssachverständigen Männer interessierten sich jedoch in dieser Zeit weder für geländegängige gepanzerte Fahrzeuge im allgemeinen, noch für unbemannte — ferngesteuerte wie dieser Flettner-Tank — im besonderen. Es genügte diesen Herren, dass auch der Infanterist in nötigen Massen eingesetzt, mit seinem Leib Drahtverhaue niederwalzen konnte. Heute wissen wir alle, wie jene Maschinen aussehen, die die tückischen Drahtverhaue zerreißen wie Spinnweben. Schützengräben überschreitend, treten sie die Pfähle der Drahtverhaue in den Boden, wie man Reissnägel in weiches Holz drückt. Ganz abgesehen davon, dass man ja nicht überall die schweren Zyklopen-Typen der Tanks einsetzt, sondern voran die leichteren und beweglichen, hat sich gezeigt, dass gerade die schlechtesten und überstürzt eingeführten Drahtverhaue dem Tank am gefährlichsten werden können. Hier reißen die Drähte nicht, während die Pflöcke stehen bleiben, sondern die Drähte ziehen die lockeren Pflöcke heraus und das ganze Gewirr von Pflöcken und Draht wickelt sich wie ein Dornestrüpp um den Tank. Langsam spult sich da und dort der Stacheldraht in die mahelnden Gleisketten und so kann ein Verhau, den der Tank wie weiche Butter durchstossen hat, am Ende doch das Panzerfahrzeug blockieren und erdrosseln.

Aus diesen Gründen taucht nun nach Jahrzehnten wieder die Kombination des Ingenieurs Flettner, der Drahtschneider aus Panzerkraftwagen, auf. Nun sitzen an dem Tanks vorne rechts und links die stählernen Messer der Drahtschneider und knappen die Drähte, eine Gasse durch den Verhau schneidend. Ein Schleppanker, der dem Tank an einem sechs Meter langen Drahtseil nachschleift, reißt auch noch die an Boden getretenen Drähte ab und wenn man die Pfähle zu weich stehen, um dem Herausziehen widerstehen zu können, gibt es keine Gefahr für die Gleisketten der Tanks mehr.

Von deutschen militärischen Stellen wird betont, wie wichtig diese neue Vorrichtung beim Durchfahren von elektrisch geladenen Drahtbindernissen werden wird. Dies ist besonders im Hinblick auf die stark ausgebauten Elektro-Drahtschutz an der Westgrenze der Sowjetunion interessant, weil die Armee, die gegenwärtig die Spezialversuche mit den Drahtschneidern Tanks macht, die polnische ist.

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1,50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (ohne Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gulden 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lats. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 4.— (48.—), Palästina P. Pl. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.30 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neue Vorwärts“ Paris, C. c. 88 504. Tschechoslowakei: „Neue Vorwärts“ Paris, Prag 46 149. Polen: „Neue Vorwärts“ Paris, Warschau 194 77. Schweiz: „Neue Vorwärts“ Paris, Angkor Nr. VIII 14 697. Rumänien: Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neue Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Kreditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neue Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neue Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Zeichnung der Konten ist erforderlich.